

vorwärts

die sozialistische wochenzeitung.

Retouren:
Vorwärts
Postfach 2469
8026 Zürich

AZA 8026 Zürich



Nothilfe abzuholen bedeutet, sich polizeilicher Be-
fragung auszusetzen.

Bild aus «Und es sind Menschen auf der Flucht.
12 Geschichten von Asylsuchenden mit Nicht-
Eintretens-Entscheid (NEE)» von Michael Walther.
(Foto: Paul Baumann)

gik von vornherein unter Missbrauchsverdacht. Auch wenn
etwa die Botschaften Papiere verweigern und die Leute gar
nicht legal ausreisen können.

Die Polizeichefin weiter: «Es ist ganz wichtig, dass wir
einen Strauss von Instrumenten in die Hand bekommen.»
Der Strauss ist inzwischen fertig gebunden: verlängerte
Ausschaffungshaft, neue Haftgründe, Beugehaft. Schon
jetzt ist die drohende Ausschaffungshaft abschreckend:
Nur ein kleiner Teil der Asylsuchende mit NEE beantragt
überhaupt Nothilfe.

Nun zeigt die SODK mit ihren Empfehlungen Wege
auf, trotz Bundesgerichtsurteil bei Nothilfebezügern Druck
zu machen. Die Sozialdirektoren machen klar: «Zulässig ist
auch die tägliche Ausrichtung» der Nothilfe. Und: «Es darf
mit Fragen nachgehakt werden, zum Beispiel wo und unter
welchen Umständen eine Existenz ohne die Mittel der Not-
hilfe bisher möglich war.» Für die Betroffenen heisst das:
Jeden Tag von neuem auf das Sozialamt oder die Fremdenpo-
lizei, dort bis zu drei Stunden warten, Fingerabdrücke ge-
ben (jedes Mal wieder) und dann immer wieder rechtferti-
gen: warum sind sie noch hier? Das ist in vielen Kantonen
übrigens heute schon so.

Strategie der Abwehr

Das Vorgehen hat sich bewährt: Die Behörden proble-
ren, wie weit man gehen kann mit dem Abschrecken der un-
gebetenen Gäste. Schliesslich gibt es Empfehlungen und
Weisungen, und das, was vorher an den Flüchtlingen aus-
probiert wurde, wird in Richtlinien und Gesetze gegossen.
Die dann später auch bei anderen unliebsamen Gruppen
angewandt können – denken wir nur an die Rayonverbote
aus dem Ausländerrecht, die heute gegen so genannte
Randständige eingesetzt und gegen Fussballfans diskutiert
werden.

Mit der Asylgesetzrevision wird es mehr PNEE geben.
Noch mehr mittellose Flüchtlinge, die sich ohne Perspekti-
ve irgendwie durchschlagen müssen. Auf Asylgesuche wird
mit dem neuen Gesetz nicht eingetreten, wenn die Asyl-
suchende Person keine Papiere vorweisen kann oder über als
sicher geltenden Drittstaat eingereist ist. Auch abgelehnte
Asylsuchende sollen künftig keine Sozialhilfe mehr erhal-
ten. Damit würden auf einen Schlag etwa 15 000 Menschen
auf die Strasse gestellt werden müssen.

Die harte Linie der Schweiz passt in die europaweite
Strategie der Flüchtlingssabwehr. Die Richtung ist überal-
gleich: mehr Lager, kürzere Verfahren, längere Haft, Aus-
schluss von Sozialleistungen.

Die Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität und Un-
terstützung – Unterkunft und Essen. (Zum Beispiel Mithil-
fe bei den Mittagstischen für Flüchtlinge, wie sie in Bern
und St. Gallen organisiert werden.) Und zweitens unseren
energischen Protest gegen die Abschottungspolitik. Für den
Anfang: Unterschriften für das Referendum gegen das revi-
dierte Asyl- und das neue Ausländergesetz sammeln (für
das Ausländergesetzreferendum braucht es noch dringend
Unterschriften!). Und den 17. Juni vormerken für die gros-
se Demo gegen Diskriminierung und für eine menschen-
würdige Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Positionen

Sex sells! Warum muss das
Tally-Weijl-Model so spärlich geklei-
det sein, mit merkwürdig verrenk-
tem Körper auf dem Boden knien
und dazu noch diesen devoten Aus-
druck tragen? Und aus welchem
Grund braucht es bei der Autower-
bung immer mal wieder ein schlan-
kes Model auf dem schicken Wagen
– möglichst liegend, möglichst ohne
Blickkontakt zum Betrachtenden?
Werbung richtet sich nicht einfach
nur nach der Gesellschaft, sondern
sie beeinflusst und verändert die
Gesellschaft – besonders durch ihre
Omnipräsenz. Denn wir können den
Plakaten, Flugblättern, Sprüchen
und Bildern kaum ausweichen. Und
so begegnen wir täglich Darstellun-
gen, die Frauen entweder zum Ob-
jekt degradieren – so in vielen Auto-
werbungen – oder in veraltete und
einseitige Geschlechterstereotypen
pressen. Damit werden die herr-
schenden Geschlechterverhältnisse
permanent gerechtfertigt und unter-
mauert. Ausserdem fördert die Wer-
bung unnatürlich dünne Models und
festigt so ein zweifelhaftes Schön-
heitsideal, dessen (negative) Wir-
kung nicht unterschätzt werden
darf. Deshalb ist der Widerstand ge-
gen sexistische Werbung noch lan-
ge nicht gegessen. Auch wenn oder
gerade weil der feministische
Kampf zurzeit selbst innerhalb der
Linken verpönt ist, dürfen wir nicht
aufgeben. Die Junge Alternative JA!
in Bern startet deshalb diesen
März mit einer Veranstaltungsreihe
gegen Sexismus in der Werbung.
So haben wir für den 22. März einen
Hintergrundvortrag von Frau Dr.
Andrea Maihofer organisiert, am
5. April gibt es eine Diskussion zu
dem Thema und zum Schluss findet
am 6. Mai ein Aktionsworkshop
statt.

RAHEL RUCH,
JUNGE ALTERNATIVE JA!

Experimentierfeld der Repression

sub. Vor genau einem Jahr hat das Bundesgericht entschieden: Nothilfe darf nicht
verweigert werden. Aber wenn das nicht geht, soll mindestens deren Bezug
möglichst unangenehm werden. Das empfiehlt die Sozialdirektoren-Konferenz.
Die neueste Etappe im Wettlauf der Schabigkeiten.

Vergangenes Wochenende fiel im Schweizer
Mittelland so viel Schnee wie noch nie. In St. Gallen gab es
mehr als einen halben Meter Neuschnee. Die Türe der St.
Galler Unterkunft bleibt trotz Kälte und Schnee tagsüber zu
für PNEE, wie sie offiziell heissen: Personen mit Nichtein-
tretensentscheid dürfen in St. Gallen nur nachts in die Not-
unterkunft. In manchen Gemeinden haben die Asylsu-
chenden Glück, man drückt ein Auge zu. Die Regel ist aber:
die Unterkunft bleibt tagsüber geschlossen.

Die abgewiesenen Asylsuchenden stecken in einer Si-
tuation ohne Ausweg. Arbeiten dürfen die PNEE nicht. Die
Leute streifen durch die Stadt, wärmen sich im Bahnhof
oder Einkaufszentrum ein wenig auf. Immer auf der Flucht
vor der Polizei. Immer wieder werden die abgewiesenen
Asylsuchenden wegen widerrechtlichem Aufenthalt ver-
haftet. «Erst letzte Woche ist jemand nach sechs Monaten
Haft wegen illegalem Aufenthalt entlassen worden», be-
richtet Andreas Nufer. Er ist Pfarrer in der Ökumenischen
Gemeinde Halden in St. Gallen und einer der Initianten des
Solidaritätsnetzes Ostschweiz, das sich für die Flüchtlinge
mit NEE einsetzt.

Nicht nur in St. Gallen, auch in Graubünden, Genf und
Freiburg dürfen die Asylsuchenden tagsüber nicht in eine
Unterkunft. Zwar steht Nothilfe jedem Menschen in einer
Notlage zu. So steht es in der Bundesverfassung. Die kanto-
nalen Instanzen können aber die Nothilfe nach Gutdünken
ausrichten. Ein breites Feld zum Experimentieren: Wie weit
können Standards herabgesetzt und Rechte beschnitten
werden, ohne dass sich öffentlicher Protest regt?

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren SODK
hat vor einigen Tagen neue Empfehlungen zur Nothilfe für
PNEE herausgegeben. Diese sollen mehr Einheitlichkeit
bringen. Ein einheitliches Vorgehen mag gerechter sein als
kantonale Willkür. Um die Würde der Betroffenen und ihre
Grundrechte dürfte es den obersten Sozialamtschefs wohl
nicht zuallererst gegangen sein. Im Vordergrund steht die
Perfektionierung der rationalen Flüchtlingsverwaltung.

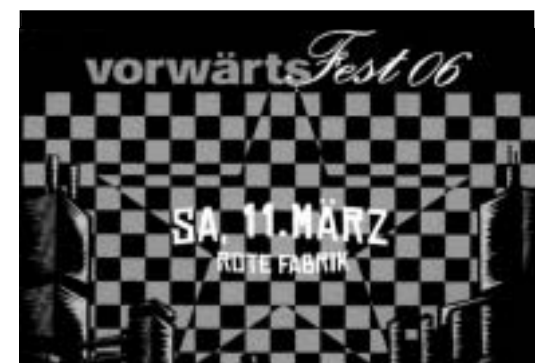
Ziemlich genau ein Jahr ist es her, dass das Bundesge-
richt seinen knappen Entscheid fällt: Nothilfe ist das abso-
lute Minimum an Nahrung, Kleidung, einem Dach über
dem Kopf und medizinische Versorgung. Diese minimale
Überlebenshilfe darf kein Druckmittel sein. Sie steht auch
abgewiesenen Asylsuchenden zu, die als «unkooperativ»
gelten, weil sie immer noch in der Schweiz sind.

Der Bundesgerichtsentscheid sorgte für Enttäuschung
bei den MigrationsmanagerInnen. Dora Andres etwa, als
bernische Polizeidirektorin für den Asylbereich zuständig,
ärgerte sich gegenüber der Tageszeitung «Der Bund» über
das Urteil: «Wir haben ja keinerlei Möglichkeit, Druck auf
sie (die Nothilfebezügler) auszuüben.» Sie bringt auf den
Punkt, worum es den FlüchtlingsverwalterInnen geht: Ab-
schreckung und Druck. Asylsuchende stehen in dieser Lo-

Was tun? An unser Fest kommen – und kräftig feiern!

Morgen ist es wieder so weit: In der Roten Fabrik findet unser jährliches Presse-Fest statt.
Nicht nur Bücher- und Infostände, auch eine Tombola, eine Festbeiz mit internationalen Spezialitäten (ab
18.30 Uhr im Clubraum), eine aktuelle Lesung und mitreissende Bands stehen auf dem Programm. Um
17 Uhr liest der St. Galler Autor Hans Fässler aus seinem Buch «Reise in Schwarz-Weiss.
Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei» (Clubraum, siehe Seite 6). Ab 20 Uhr beginnt
dann in der Aktionshalle die Zeit der lauten
Töne: Die baskische Skapunk-Band Skalari-
ak, Obrint Pas aus Katalonien, Alaska aus
Zürich und Sensi Simon & the Studio 9 Band
aus Deutschland werden dem Publikum
einheizen, damit die Linke auch richtig tan-
zen kann.

VORWÄRTS-FEST, 11. MÄRZ 2006, AB 17
UHR, CLUBRAUM UND AKTIONSHALLE
DER ROTEN FABRIK, ZÜRICH.





Abendland

Eine Entschuldigung im Voraus: Mein Editorial dient dazu, einem persönlichen Ärger Ausdruck zu verleihen. Zugegeben: Einem moralischen Ärger eines unreligiösen Menschen, aber sei's drum. Die Religionen und deren Werte sind aktuell regelmässiges Thema der medialen Diskussion. Denn der angebliche «Kampf der Kulturen» sei eine Herausforderung, der sich der «Westen» mit einer Besinnung auf seine christlichen Werte stellen müsse. Bisheriger Höhepunkt meiner Lektüre: Daniel Schneebeli kommentiert im Tages-Anzeiger vom Mittwoch den Zürcher Entscheid, Biblische Geschichte durch das Pflichtfach Religion und Kultur zu ersetzen, mit einer Schreibe von den «christlichen» Werten der Toleranz, Respekt und Nächstenliebe. Schneebeli verwendet dabei die Adjektive christlich, humanistisch und demokratisch quasi synonym. Als ob andere Religionen und Wertesysteme – ich erinnere an die diversen Gesellschaftsvorstellungen sozialistischer Prägung – diese Werte nicht auch vertreten würden. Die hinter Schneebelis Schreibe versteckte christlich-westliche Arroganz sticht mir dabei massiv in die Nase. Und als perfid empfinde ich diese Argumentation, wenn in einem Zug von «christlichen» Werten und der Gleichwertigkeit der Religionen geschrieben wird – aber eigentlich eine klare Hierarchie gemeint ist. Und entblößen tut sich diese Argumentation sowieso dort, wo das so hochgehaltene «humanistische christliche Abendland» seine angeblich eigenen Werte selber in den Dreck zieht. Wie es unter anderem die Schweiz in der Asyl- und Migrationspolitik macht. Altbekanntes Fazit: «Christliche Werte» wie Toleranz, Respekt und Nächstenliebe sind gut für die Vergewisserung der eigenen moralischen Überlegenheit. Konkret gestaltet wird die Welt aber durch Anderes: beispielsweise Macht, Einfluss, Ausbeutung...

RETO PLATTNER

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdA
und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich.
PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.–, redu-
ziert (AHV, Stud.) 110.–

REDAKTION:
Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Tel. 044 241 66 77, Fax 044 242 08 58, e-
mail: redaktion@vorwaerts.ch
Walter Angst (wa), Susanne Bachmann
(sub), Andrej Lützeltschwab (al), Reto
Plattner (rtp), Mathias Stalder (mst).

BÜRO BASEL:
Reto Plattner (rtp), r.plattner@vorwa-
erts.ch

BÜRO BERN:
Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern.
s.bachmann@vorwaerts.ch

ABONNEMENTE:
info@vorwaerts.ch

DRUCK:
Ediprim, Biel

Meinung

Zum Karikaturenstreit

WOLFGANG POMREHN, «DAS ANDERE
DÄNEMARK», VORWÄRTS VOM
10. FEBRUAR 2006.

Es spielt keine Rolle, welche Zeitung diese Karikaturen aus welchem Grund auch immer veröffentlicht hat. Wenn in ihrem Artikel versucht wird, das ganze Problem auf das Gedankengut einer «Rechten Zeitung» zu reduzieren, hat man eine Chance verpasst. Wenn religiöses Gedankengut gegen elementare Menschenrechte verstösst, hat die Religionsfreiheit ihre Grenzen erreicht. Im weiteren stellt sich die Frage, ob religiöse Gruppierungen das Recht haben, ihr Gedankengut der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Dient es wirklich dem Religionsfrieden, wenn Gläubige, Andersgläubige oder Atheisten die jeweiligen Tabus anderer Religionen respektieren und damit auch bereit sind diese einzuhalten? Ist das denn überhaupt möglich? Weshalb können wir problemlos am Samstag oder Sonntag arbeiten, obwohl dies in verschiedenen Religionen untersagt ist? Welche Vorschriften anderer Religionen darf man verletzen und welche nicht? Wer bestimmt das? Wenn viele protestieren, darf man es nicht? Wenn die grossen Weltreligionen gegen die Gleichstellung der Frau, die Abtreibung, gleichgeschlechtliche Beziehungen, die Evolutionstheorie und so weiter protestieren, werden diese Themen aus Rücksicht auf religiöse Gefühle aus den Medien und dem Schulunterricht verboten? Sind diese Karikaturen denn wirklich fern jeder Realität? Muss man sich wirklich dafür entschuldigen? Hier wird doch einfach versucht, mit Hilfe eines Tabus eine berechtigte Kritik zu verhindern.

PAUL BIOTTI, WINTERTHUR

Vogelgrippe

Täglich kommen am Radio Meldungen über Millionen- und Milliarden-Gewinne. Die Gewinne an der Börse sind schlimmer als die Vogelgrippe: Täglich sterben Tausende Menschen an Unterernährung und mangelnder medizinischer Hilfe. Die BilliglohnempfängerInnen in Asien sperrt man in Vogelkäfige. Nimmt ihnen das Leben. Da nützt auch die vorsorgliche Impfung der Basler Chemie nichts.

LOUISE STEBLER, BASEL

In eigener Sache

Ciao Yvonne – auf bald

Yvonne Zimmermann hat auf Ende Februar die VORWÄRTS-Redaktion verlassen. Drei Jahre lang hat die Bernerin unsere Zeitung mitgeprägt, den Stress ausgehalten, die diversen Umbauprozesse begleitet, das Standbein des VORWÄRTS in Bern und seine Verankerung in der Antiglobalisierungs-Bewegung geprägt, die Live-Berichte aus dem Transformationsprozess in Bolivien eingeholt, die neue Linie mit den Supplements und Beilagen des VORWÄRTS lanciert, den hohen Standard in der Produktion aufrechterhalten, für clevere Bilder gesorgt – und im letzten Jahr die Diskussionen um die Ausrichtung der Zeitung und die finanziellen Engpässe mitertragen. Es tut weh, sie nicht mehr an den Redaktionssitzungen zu haben; und es tut gut zu wissen, dass Yvonne in der nächsten Zeit weiter in der Produktion aushelfen wird und nach einem Urlaub im redaktionellen Beirat mittun will. Wir wünschen der scheidenden VORWÄRTS-Redaktorin gute Erholung – und sagen dir, Yvonne, tausend Dank für alles, was du für den VORWÄRTS gemacht hast.

REDAKTION VORWÄRTS



Caracas-Revival. Im August 2005 haben in Caracas/Venezuela die 16. Weltfestspiele der Jugendlichen und Studierenden stattgefunden. Teil der Schweizer Delegation war auch die Hip-Hop-Band «Chlyklass», die vor mehreren Tausend Jugendlichen aufgetreten ist. An einem Caracas-Revival im Gaskessel Bern spielt die Combo nochmals ihren politischen Hip-Hop.

Bern, 24. März, Gaskessel, Türöffnung 22 Uhr,
Sandrainstrasse 25. (20 Franken/18 Franken)

Inland

Polizei – beim Sparen dabei

al. Wie soll sich die Linke verhalten, wenn bei der Polizei gespart werden soll?

Im Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, dem auch die kantonale Polizei untersteht, müssen 3,2 Millionen Franken eingespart werden. Aus diesem Grund steht seit Ende vergangenen Jahres die Schliessung beziehungsweise Teilschliessung diverser Polizeiposten zur Debatte. Geplant ist, die Nebenposten Wiesendamm, Horburg und Breite ganz zu schliessen und die Wachen Ost und City nachts und am Sonntag nicht mehr zu besetzen.

Nach den Sparrunden im Kultur- und Bildungsbereich ist nun also auch die Sicherheit an der Reihe. Das Sicherheitsdepartement bedauert diese Situation, aber man sehe einfach keine alternativen Lösungen, so die regelmässigen Verlautbarungen. Heftiger Widerstand gegen dieses Sparvorhaben regt sich aber im Gundeldinger-Quartier. Dort ist eine Petition mit 4100 Unterschriften gegen die Schliessung der Polizei-Posten eingereicht worden. Beatrice Isler, Präsidentin der Quartierkoordination Gundeldingen, hat gar mit der Lancierung einer kantonalen Volksinitiative gedroht, um die Schliessungen zu verhindern beziehungsweise rückgängig zu machen. Die Unterstützung aus der Bevölkerung ist ihr dabei sicher.

In Basel wird nun darüber gerätselt, ob der noch amtierende FDP-Regierungsrat Jörg Schild die Angelegenheit verschieben wird, bis sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin bekannt ist und das Amt antritt (siehe VORWÄRTS vom 17. Februar 2006). Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird dies FDP-Fraktionspräsident Hanspeter Gass sein, der während seiner Zeit als Parlamentarier das Sparpaket, zu welchem auch die Schliessung der Polizeiposten gehörte, unterstützt hatte. Gass hat bereits signalisiert, dass er als allfälliger Regierungsrat bereit wäre, nochmals über die Umsetzung der Schliessungsentscheide zu reden.

Die Präsidentin des Polizeibeamten-Verbands dagegen beurteilt die Lage trotzdem sehr pessimistisch. Die von der Polizeileitung geforderten Alternativen konnte der Ver-

ein aber bisher nicht auf den Tisch legen. Es fehlten laut eigenen Aussagen «die Hintergrundinformationen».

Die aktuelle Situation ist sehr konfus – insbesondere auch für die Linksaussen-Parteien. Diese sind doch normalerweise gegen den Abbau des Service Public, zu welchem ja auch die Kantonspolizei gehört. Wie sollen sie sich aber bei dieser Fragestellung verhalten? Wie soll sich beispielsweise der VPOD als Gewerkschaft der Staatsangestellten verhalten? Aus Gesprächen mit Gleichgesinnten hört man die verschiedensten Meinungen heraus. Die einen finden: Je weniger Polizei, desto besser. Andere finden, dass es die Polizei beziehungsweise die Polizeiposten braucht. Und wieder andere finden, dass man gleich die ganze Polizei abschaffen könnte. Die meisten finden jedoch einfach nur: Polizei ja, Repression nein. Meiner Meinung nach ist der Entscheid ganz einfach: Auch hier muss es «Nein zum Abbau» heissen. Denn ein grosser Teil der Bevölkerung, quer durch alle Altersschichten, soziale Stellungen und politische Zugehörigkeiten hindurch, befürwortet den Erhalt der Polizeiposten und spricht sich auch gegen deren Teilschliessung aus. Die Menschen wünschen den persönlichen Kontakt zur Polizei, die persönlichen Gespräche und Beratungen auf den Polizeiposten und die Gewissheit, dass sich der nächste Polizeiposten nicht erst am anderen Ende der Stadt befindet.

Für einmal stehen hier linke Parteien und die Polizei beziehungsweise der Polizeibeamten-Verband eventuell auf der gleichen Seite. Noch bleibt Zeit für weitere Anstrengungen. Der definitive Entscheid soll nämlich nicht vor April dieses Jahres fallen. Und mit grösster Wahrscheinlichkeit wird ihn nicht mehr der aktuelle Polizeidirektor fällen müssen.

DER TEXT VON ANDREJ LÜTZELTSCHWAB HAT IN DER REDAKTION DISKUSSIONEN AUSGELOST. WIR FREUEN UNS AUCH ÜBER LESERINNEN-REAKTIONEN.

Hier gibts den Vorwärts im Einzelverkauf. BASEL: Buchhandlung und Antiquariat Waser, Rümelinplatz 17. Plattfon, Lindenberg 21. BERN: O-Laden, Quartierhof 1. CHUR: Buchhandlung Karlihof, Karlihofplatz 1. LUZERN: Boa, Geissensteinring 41. ST. GALLEN: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20. ZÜRICH: Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60.

Kampf um den «Vorwärts»

Redaktion Vorwärts. Am letzten Freitag hat sich der von der Redaktion initiierte redaktionelle Beirat des VORWÄRTS konstituiert. Die Zukunft des heutigen VORWÄRTS steht jedoch nach wie vor auf dem Spiel. Am 17. März muss die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft noch einmal entscheiden, ob der Redaktion das Vertrauen ausgesprochen wird. Als Alternative wird ein von der Kommission «Vorwärts 2006» vorgeschlagenes, sich wieder stärker auf die PdA beziehendes publizistisches Konzept präsentiert, für dessen zukünftige Umsetzung eine völlig neue Redaktion zusammengestellt werden müsste.

Die Redaktion hat am 20. Januar an dieser Stelle darüber orientiert, wie es nach der Schliessung «unserer» Druckerei in Genf und den daraus entstehenden Mehrkosten mit dem VORWÄRTS weitergehen soll. Am 3. Februar haben wir ebenfalls an dieser Stelle berichtet, dass der Verwaltungsrat am 26. Januar nach einer Diskussion über das Projekt der Redaktion und das Konzept der Kommission «Vorwärts 2006» mit deutlichem Mehr der Redaktion das Vertrauen ausgesprochen hat und sich für die Umsetzung des von der Redaktion erarbeiteten Projekts (der VORWÄRTS soll unter anderem mit der Schaffung eines redaktionellen Beirats breiter abgestützt werden, um sein finanzielles Überleben zu sichern) entschieden hat.

Dieser Entscheid des Verwaltungsrats ist nun in Frage gestellt. Der Wunsch der PdA Bern, den Beschluss des Verwaltungsrats an der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft vom 17. März bestätigen zu lassen, ist von der Kommission «Vorwärts 2006» zum Anlass genommen worden, die Vorstellung einer publizistischen Neuorientierung des VORWÄRTS ein weiteres Mal aufs Tapet zu bringen (die Kommission «Vorwärts 2006» ist im Dezember von PdA-Mitgliedern gebildet worden, um für den Fall des Scheiterns der Redaktion Vorschläge zur Zukunft des VORWÄRTS zu machen). Aus der Diskussion, ob und mit welchen Massnahmen der VORWÄRTS trotz den beim Druck entstandenen Mehrkosten erhalten werden kann, ist somit eine Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Zeitung geworden.

Die Kommission «Vorwärts 2006» will laut eigenen Aussagen verhindern, dass der VORWÄRTS «eine linke, Sammlungsplattform» ist, die auch über PdA-Aktivitäten berichtet. Damit «aus der, globalisierungskritischen» Bewegung, aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung und so weiter eine Bewegung für den Sozialismus wird, brauche es eine stärkere PdA, heisst es im Begleitschreiben zum Konzeptpapier der Kommission. Der VORWÄRTS müsse einen Beitrag leisten, damit die PdA stärker werde (das Be-

gleitschreiben an die Mitglieder der Trägerschaft und das Konzept-Papier «Vorwärts 2006» publizieren wir auf der Homepage des VORWÄRTS).

Wir als Redaktion haben den Versuch, den VORWÄRTS völlig neu auszurichten, mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Wir haben trotz der drohenden Kehrtwende der Herausgeberinnen darauf verzichtet, die erste Sitzung des redaktionellen Beirats (zu der bei Bekanntwerden der neuen Entwicklung bereits eingeladen war) zu verschieben. Der Beirat ist am letzten Freitag in Zürich denn auch zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Klar geworden ist an dieser Sitzung, dass man eine starke Präsenz der PdA im VORWÄRTS wünscht (was auch in der Tatsache zum Ausdruck kommt, dass diverse PdA-Mitglieder in diesem Beirat mitarbeiten). Festgehalten worden ist allerdings auch, dass die im Konzept-Papier der Kommission «Vorwärts 2006» entwickelten Ideen keine Basis für eine weitere Arbeit des Gremiums sein können. Der Beirat hat im Übrigen sein erstes Arbeitsprogramm beschlossen – in der Hoffnung, dass die GV der Verlagsgenossenschaft der Redaktion das Vertrauen für die Umsetzung ihres Vorhabens ausspricht. Über alles Weitere in Sachen Beirat hoffen wir nach dem 17. März an dieser Stelle berichten zu können.

Am 17. März werden also die Würfel fallen. Sollte sich eine Mehrheit der fünf Mitglieder der Verlagsgenossenschaft (PdA Zürich, PdA Bern, PdA St. Gallen, Neue PdA Basel, PdA Schweiz) für das Projekt der Kommission «Vorwärts 2006» aussprechen, wird den heutigen Mitgliedern der Redaktion gekündigt – und eine neuen Redaktion wird das Zepter übernehmen. Sollten die früheren Entscheide der Trägerschaft bestätigt werden, werden wir uns als Redaktion mit allen Interessierten an die Arbeit machen, damit der heutige VORWÄRTS in eine neue Zeit aufbrechen kann.

DIE TEXTE DER KOMMISSION «VORWÄRTS 2006» SOWIE DIE BERICHTEN ÜBER DIE DISKUSSIONEN UM DIE ZUKUNFT DES VORWÄRTS AUF WWW.VORWAERTS.CH

La grève ça fatigue – surtout si on ne lutte pas

mst. Streik ermüdet, vor allem dann, wenn nicht gekämpft wird. Nun ist der Streik vorbei. Wie geht es weiter? Die ArbeiterInnen treffen sich im selbstverwalteten Zentrum «uZine 3» in Reconvilier und diskutieren ihre Perspektiven.

Die Stühle und Bänke, das Buffet und der Grill sind aus der Fabrik verschwunden, seit am 2. März die Produktion wieder aufgenommen worden ist. Damit sind auch die vielen BesucherInnen verschwunden, die Tag und Nacht die Streikenden unterstützt haben. Entlassene Kader, ArbeiterInnen, ihre Familien und Unia-GewerkschafterInnen trinken ihren Kaffee nun in der «uZine 3». Sie beteiligen sich an den Diskussionsabenden und gehen zur Hand, wenn es gilt, die Räume zu renovieren.

Seit rund zwei Wochen gibt es die «uZine 3» im Dorf kern von Reconvilier. Dieses Projekt entstand aus dem über dreissigtägigen Streik und sieht sich als Teil der Boillat, also der beiden Produktionswerke «Usine 1» und «Usine 2» mit der Giesserei. Innerhalb von wenigen Tagen entstand in einer baufälligen Wohnung ein Ort der Diskussionen, des Austauschs und des Widerstands.

Die Fäden, die durch den Streik gesponnen worden sind, dürfen nicht abreißen. Die Diskussionen sollen weiterlaufen, die Reflexion darf nicht abbrechen oder sich individualisieren, sondern muss sich kollektiv weiterentwickeln. Damit es eine Basis gibt für den zukünftigen Widerstand gegen die Strategie von Swissmetal. Viele hier sind der Meinung, dass die Mediation keine befriedigenden Resultate bringen wird, und dass Martin Hellweg mit seinen Umrarmungsversuchen der Medien und insbesondere der ArbeiterInnen das Terrain vorbereitet für den nächsten Schlag: Die Entlassung von 120 Angestellten in Reconvilier.

In einem fünfseitigen Brief vom 3. März an die ArbeiterInnen der Boillat zeigt sich Martin Hellweg von der sensiblen Seite. Die unzähligen Angriffe gegen seine Person hätten ihn verletzt, heisst es, und was jetzt nötig sei, sei ein offener Dialog. Späte Einsicht oder «Taschentuch»-Strategie von Hellweg? In einem Punkt hat er Recht: Er ist nicht der Einzige, der sich zu verantworten hat, sondern auch der Verwaltungsrat und das Kader von Swissmetal sollten das tun. Der Swissmetal-Chef äussert sich widersprüchlich: Zwar will er sich für das Total der Angestellten einsetzen und ihre Beschäftigung auf längere Sicht sichern. Aber er rundet den Brief mit der Ankündigung von Entlassungen ab.

Donnerstag, 2. März, 20 Uhr

Lapin servi avec gratin dauphinois in der «uZine 3». Am Tisch einige Arbeiter und junge engagierte Leute aus der Umgebung. Der gut 50jährige J.-P. ist traurig. Er bedankt sich für das vorzügliche Essen und erzählt: «Seit dem Streik habe ich keine Lust mehr zu essen oder nach Hause zu gehen, weil niemand mehr da ist, meine Familie hat mich verlassen.» Fehlender Appetit, Schlaflosigkeit und Stress plagen viele hier, die Gedanken kreisen um «La Boillat» und deren weitere Existenz.

Gomez, ebenfalls ein Boillat-Arbeiter, meint zum Streik: «C'était pas une grève, c'était une jolii fête.» – Das war kein Streik, das war ein schönes Fest. Tatsächlich sagen viele, dass zu wenige Diskussionen geführt wurden, zu wenig über die Strategie der Swissmetal informiert und noch weniger darüber nachgedacht wurde, den Druck auf das Management zu verstärken. Die Unia habe es verpasst, hier wirkliche Basisarbeit zu leisten. Wir haben hier in einem alten Modell gelebt, erzählt Gomez weiter, mit CEO Hellweg änderte sich das. Es ist das System an sich, das wir in Frage stellen müssen, fügt er an. Ich werfe ein, dass wir alle von diesem betroffen seien, ob wir hier arbeiteten oder anderswo. Es ist an uns, diese Grenzen zu verwischen und eine Basis zu schaffen, um weiterzugehen. Die «uZine 3» ist ein erster Schritt dahin. Die entstandene Diskussion verläuft wie so oft bis in die späte Nacht.

Samstag, 4. März, 16 Uhr

Grosses Eröffnungsfest der «uZine 3»: Die Diskussionen im selbstverwalteten Zentrum beginnen. Rund dreissig Leute debattieren mit. Die Diskussion, die nur schleppend in Gang gekommen ist, wird lebendiger, man spürt die eigene Betroffenheit, die Wut, die weiterlodert, und den Willen, den Kampf weiterzuführen, auch wenn die Ausgangslage sich verschlechtert hat. Fragen werden aufgeworfen: «Wir haben den Kampf der Unia überlassen. Wie können wir ihn zurückgewinnen?» Viele finden, Nicolas Wullemin, der Präsident der Personalkommission, müsse zurückkommen. «Seitdem die Unia hier ist, hat seine Verantwortung abgenommen», wirft ein anderer Arbeiter ein.

Die ArbeiterInnen haben grosses Vertrauen in Wullemin. Das verwundert nicht, er war der erste entlassene Kader und strahlt Ruhe und Entschlossenheit aus. Er war immer präsent, auch in der Mediationsdelegation. Dieser Anstoss hat dazu geführt, dass Nicolas Wullemin für die Debatte vom vergangenen Mittwoch über die Zukunft der Boillat in der «uZine 3» eingeladen worden ist, aber auch Unia-FunktionärInnen aus der Region.

Ein wichtiger Punkt sind die Abstimmungen an den jeweiligen Streikversammlungen. Vor allem diejenigen vom 23. Februar, an der dem Mediationsvorschlag zugestimmt wor-

den ist. Die ArbeiterInnen kritisieren, dass es zuwenig Zeit für Diskussionen gegeben habe. Während Swissmetal ein gelassenes Tempo eingeschlagen habe, habe Unia Druck aufgesetzt und mit der Drohung, den Streik nicht mehr zu unterstützen, ihren Kurs durchgedrückt. Es fällt auf: Es gibt viel Verständnis für diejenigen Streikenden, die Ja zum Mediationsvorschlag gesagt haben. Die Leute wissen um die enorme Last, die auf Jedem und Jeder lastet.

Dienstag, 7. März, 13 Uhr

Seit die Arbeit in der Fabrik wieder aufgenommen worden ist, läuft vieles schief. Die vier Kader aus Dornach und die zwei verbliebenen aus Reconvilier beissen bei einigen ArbeiterInnen auf Granit. Ein Gespräch mit Guillaume aus der «Usine 2»:

Wie sieht es bei euch mit dem neuen Kader aus?

Das zuständige Kader für die Sicherheit wurde entlassen, die verantwortliche Person für die Elektrizität, die chemischen Produkte ebenfalls und der Informatiker ist suspendiert. Die Giesserei sowie die Presse funktionieren nicht.

Kam es bisher zu Zwischenfällen?

Ja, ein Kader hat sich beim Auswechselln der Ammoniakflaschen die Hand verbrüht. Normalerweise schützt man sich mit Handschuhen, Maske und Schutzbrille bei dieser Arbeit.

Wie läuft es an deiner Maschine?

Natürlich hat die Maschine nach der Zeit ihre Pannen (lacht). Die verantwortlichen Mechaniker brauchten fünf Stunden, um den Fehler zu finden. Maschinen, die mit Computer ausgerüstet sind, sind zum Teil schon seit zwei Tagen ausser Betrieb, weil kein Informatiker vor Ort ist. Ich



schätze, dass nur ein Drittel von dem produziert wird wie in normalen Zeiten.

Es gab einiges Aufsehen bei der Auslieferung...

Sie haben vier Kategorien geschaffen: Weiss und grün sind prioritär, blau nur mit Autorisation des Kaders, rot wird nicht beliefert. Trotzdem gelang es am letzten Freitag in der Mittagspause an zwei «rote» KundInnen auszuliefern. Diese Kategorien sind geschaffen worden, um Firmen zu strafen, die sich mit den Streikenden solidarisieren.

Warum engagierst du dich in der «uZine 3»?

Hier in der Gegend hat es keinen Ort dieser Art. Gäbe es die «uZine 3» nicht, wäre ich längst verrückt geworden. Hier engagiere ich mich nach meiner Schicht.

Mittwoch, 8. März, 02.15 Uhr

Ein Mechaniker auf Nachtschicht schaut bei uns vorbei. Das Telefon klingelt: «Ja, ich bin an der Arbeit in der «uZine 3.» Das heisst nichts anderes, als dass er in unserer «Fabrik» einen Kaffee trinkt. Einige Minuten vergehen und sein Kollege schaut ebenfalls vorbei. On fabrique des idées ici...

Eingang zu «uZine 3», seit dem Streik Treffpunkt von ArbeiterInnen und UnterstützerInnen. Bild: zVg

Divergierende Interessen

rtp. Die Firma Schmidlin AG Fassadentechnologie in Aesch ist Konkurs gegangen. Und bringt damit ihre ArbeiterInnen und auch viele zugewandte Betriebe in enorme Schwierigkeiten. Fragen aber bleiben, wieso es zum Konkurs kommen musste. Stehen dahinter finanzielle Interessen des Managements?

Mittwoch, 22. Februar. In Aesch fanden die 390 ArbeiterInnen der Schmidlin AG an zu arbeiten. Um neun Uhr bemerken einige, dass ein Tankwagen Ölvorräte abpumpt – und realisieren, dass ein besonderer Tag bevorsteht. Um zehn Uhr eröffnet der Geschäftsführer der Belegschaft den Konkurs der Firma. Danach kommt bereits der Konkursverwalter an die Reihe. Er informiert, dass die Belegschaft das Firmengelände bis 14 Uhr verlassen muss. Alle Arealausgänge sind geschlossen, bloss der Haupteingang ist offen. Dort wird jede abziehende Person von Sicherheitspersonal kontrolliert, ob sie nicht etwa nichtpersönliches Material mit nach Hause nimmt.

Der Schock bei den ArbeiterInnen sitzt tief. Ganz plötzlich stehen sie ohne Arbeit da, ohne Sozialplan, ohne Sozialleistungen, ohne Februarlöhne. MitarbeiterInnen des basellandschaftlichen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit stehen den Betroffenen bereits auf dem Firmengelände bezüglich Insolvenzschiädigung und Arbeitslosengelder zur Seite. Eine Geschäftsschliessung ganz im Geiste des wilden unregulierten Kapitalismus.

Weltweit finden sich 747 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf der Strasse (Schmidlin hatte Niederlassungen in London, Paris, Berlin, Abu Dhabi, Seoul und Mumbai). In der Region stehen gleichzeitig viele Handwerks- und Zulieferbetriebe vor massiven Schwierigkeiten. Denn der Konkurs hinterlässt knapp 16 Millionen Franken Schulden der Schmidlin AG.

Nach dem Konkurs gibt es jetzt verschiedene Szenarien, wie es weitergehen soll. Das Szenario des Managements sieht vor, einzig die Niederlassung in Abu Dhabi weiter zu betreiben. Denn in den arabischen Golfstaaten boomt der Markt für extravagante Grossbauten. Dieses Szenario benötigt in Aesch bloss noch einige nicht direkt auf dem Bau aktive Fachleute, beispielsweise Zeichner und Techniker – die Träger des hoch spezialisierten Know-hows also. Wenn man sich ein wenig umhört, ist denn

auch zu vernehmen, dass diese begehrten Spezialisten bereits am Montag über den bevorstehenden Konkurs am Mittwoch informiert worden sind. Und ihnen dabei auch neue Verträge vorgelegt wurden. Die Leute hätten sich aber geweigert, die Verträge zu unterzeichnen.

Bauleute in der Schweiz dagegen würden in diesem Szenario keine benötigt. Der Grund: Die Schmidlin-Niederlassung Abu Dhabi ist dabei, vor Ort eine eigene Produktionsstätte zu errichten. Diese sei praktisch eine Kopie des Aeschers Werks, bloss moderner und kostengünstiger, schreibt die Basler Zeitung. Finanziert wird dieser Bau von der Investorengruppe Geap International. Grund für den Neubau in Abu Dhabi nebst dem boomenden Baugeschäft: In den Golfstaaten sind Arbeitskräfte massiv billiger als in der Schweiz – und auch massiv rechtloser.

Ein zweites Szenario wird von Schmidlin-Fachkräften verfolgt, die auf der Suche nach Investoren sind, um den Fassadenbau weiterhin in der Schweiz betreiben zu können. Ihr Ziel ist, aktuelle Projekte fertig stellen zu können und neue Aufträge zu gewinnen. Ziel dieses Szenarios ist auch, ungefähr 200 ArbeiterInnen weiterhin beschäftigen zu können. Ein drittes Szenario sieht vor, die rentablen Teile der Firma aus der Konkursmasse heraus zu lösen und die Produktion in der Schweiz weiter zu führen. Dazu würden vor allem die Servicebereiche wie die Oberflächenbeschichtung, die Wartung/Sanierung und die Blechbearbeitung gehören. Bereiche, von denen auch regionale Baugeschäfte profitieren und mit denen seit jeher Geld verdient worden ist.

Die für die Beurteilung der verschiedenen Szenarien momentan scheinbar entscheidende Frage ist: Was macht der Konkursverwalter? Gibt er das in Aesch zurückgehaltene Material frei – und wenn ja: Wann? Die Szenarios eins und zwei sind auf dieses Material dringend angewiesen, wenn sie eine Chance haben wollen. Aber, und das ist der interessante Punkt im Fall Schmidlin: Für das Management-Szenario

spielt der Zugang zum in Aesch zurückgehaltenen Material keine Rolle. Denn in der Produktionsstätte Abu Dhabi ist bald alles ebenfalls vorhanden. Das Management-Szenario ist dagegen unbedingt auf das Know-how der Aeschers SpezialistInnen angewiesen. Denn glaubt man den Gerüchten, sind ihre KollegInnen in Abu Dhabi nicht imstande, die komplexen Aufgaben, welche die Aufträge vor Ort stellen, zu lösen. Weshalb die ganzen Zeichnungsaufgaben für Grossprojekte bislang immer in der Aeschers Zentrale ausgeführt worden sind.

Vor dem Hintergrund dieser Informationen drängen sich gewisse Fragen auf. Beispielsweise: Wieso ist es zu dem Konkurs gekommen? Gibt es dafür neben dem gadenlosen Preiskampf in der Baubranche noch andere Gründe? Könnte es beispielsweise sein, dass sich das Management mit dem Konkurs die von ihm erwünschte Konzentration auf das Abu-Dhabi-Geschäft ermöglichen wollte – auf Kosten der Angestellten und der Zulieferbetriebe?

Hinweise auf mögliche Antworten sind verschiedene zu finden. Einer ist dieser: Die Schmidlin AG ist im August 2005 erst gerade neu strukturiert worden. Alle erfolgreichen Firmenteile sind dabei in der Fassadentechnologie zusammengefasst worden. Ein anderer ist die Tatsache, dass die Auftragslage in der traditionell einträglichen Gebieten Frankreich und Grossbritannien rückläufig ist, im arabischen Raum aber stark zunehmend. Und ein weiterer ist die unumgängliche Feststellung, dass ein Finanzinvestor (in diesem Fall die Geap) immer seinen pekuniären Interessen folgt und nicht auf Arbeitsplätze Rücksicht nimmt.

Als vorerst Letztes bleibt die Feststellung, wer übrig bleibt und wer verliert. Übrig bleiben wohl die Fachkräfte, die wieder einen Job finden werden, und übrig bleibt auch die Geschäftsleitung, übrig bleiben wohl auch die Aktionäre. Klar zu den VerliererInnen gehören dagegen die ArbeiterInnen und die Zuliefer- sowie Handwerksbetriebe.

«Eine politische Alternative zum ANC können sich die Menschen noch kaum vorstellen»

Romin Khan. Warum sich ein Grossteil der Menschen, denen das Wahlrecht jahrhundertlang verweigert worden ist, langsam vom parlamentarischen Prozess abwendet. Hintergründe zu den Kommunalwahlen in Südafrika.



Wahlkampagne der Basisorganisation für freien Zugang zu Wasser und Strom (oben). Ein Aktivist zeigt, wie die Haushalte ohne Prepaid-Zähler an die Stromversorgung angeschlossen werden (unten). Plakat der Elektrizitätsgesellschaft, auf dem zur Denunziation von Gratisstrombezügern aufgerufen wird (ganz unten).

Bilder: Romin Khan

Seit Mitte des vergangenen Jahres haben die sozialen Proteste in Südafrika in ihrer Anzahl und Intensität deutlich zugenommen. Denn auch zwölf Jahre nach dem Ende der Apartheid scheint das Erbe des staatlich organisierten Rassismus noch immer nicht überwunden. Dies lässt sich besonders an der Wohnsituation vieler Menschen festmachen. Während der Apartheid war es der schwarzen Bevölkerung nicht gestattet, sich in den Städten anzusiedeln. Um die benötigten Arbeitskräfte dennoch in der Nähe der urbanen Zentren zu haben, etablierte das Apartheid-Regime die Townships. Das grösste unter ihnen ist SoWeTo, das South West Township am Rande Johannesburgs, in dem vier Millionen Menschen leben. Hier fand 1976 der Schüleraufstand statt, bei dem mehrere Schüler von der Polizei erschossen wurden. Die Schüler protestierten gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. Das Bild vom erschossenen Hector Pietersen, der von einem Freund getragen wird, ging um die Welt. Was folgte, war ein Zyklus von Aufständen und Revolten, die das Land bis zum Ende der Apartheid Anfang der 1990er Jahre nicht mehr zur Ruhe kommen liessen.

Das Ende der Apartheid brachte die Abschaffung aller Mobilitätseinschränkenden Gesetze. Das hatte zu Folge, dass sich viele der BewohnerInnen der ehemaligen Homelands in den letzten Jahren auf den Weg in die Städte begeben haben. Die so genannten Homelands waren vom Apartheid-System geschaffene, formell unabhängige Staaten, die als Auffangbecken für die nicht benötigten Menschen dienen sollten. Sie wurden in despotischer Weise von lokalen Eliten regiert, und die Lebenssituation war häufig noch schlechter als in den Townships. Die regionalen Ungleichheiten haben zu einer hohen Binnenmigration in die Zentren beigetragen. Zumeist siedeln sich diese Menschen am Rande der bestehenden Townships in so genannten informellen Siedlungen an. Laut der Wochenzeitung Mail & Guardian leben heute etwa zwölf Millionen Menschen in Südafrika in diesen Blechhütten-Siedlungen, zumeist ohne fließendes Wasser, sanitäre Anlagen und Elektrizität. Das ist mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung und entspricht einer Steigerung von fünfzig Prozent in den letzten zehn Jahren.

Für viele dieser Menschen ist der Wahlslogan des ANC «A better life for all» bisher nicht zu einer Realität geworden. Das Wirtschaftswachstum von fast sechs Prozent hat kaum etwas an der Arbeitslosenrate von vierzig Prozent ändern können. Die Regierung will auch weiterhin an ihrem 1996 begonnenen neoliberalen Kurs von Sparpolitik, Privatisierung und Öffnung für ausländische Investitionen festhalten. Auch die Erfolge des Black Economic Empowerment werden kontrovers betrachtet. Während weisse SüdafrikanerInnen über umgekehrten Rassismus lamentieren, kritisieren Linke die Konstruktion einer minoritären schwarzen Bourgeoisie.



Die ausbleibenden sozialen Verbesserungen haben jedoch bis dato noch keinen Macht- und Vertrauensverlust des ANC zur Folge gehabt. Auch die Drei-Parteien-Allianz aus ANC, Kommunistischer Partei und Gewerkschaftsdachverband COSATU ist trotz der Brüche und Kontroversen über die Regierungspolitik noch immer stabil. Zeitweise sah es sogar danach aus, als ob ein eher gegenteiliger Prozess zu verzeichnen sei. Der ANC konnte bei den Parlamentswahlen vor zwei Jahren die Zweidrittelmehrheit erreichen und hat durch Übertritte von Oppositionspolitikern seine Mehrheiten ausbauen können. Dennoch standen die landesweit abgehaltenen Kommunalwahlen vom vorletzten Mittwoch (1. März) unter dem Eindruck einer steigenden Unzufriedenheit der schwarzen Mehrheitsbevölkerung mit der Kommunalpolitik des ANC. Die Klagen über unfähige und korrupte ANC-Lokalpolitiker und über die zu langsamen oder ausbleibenden lokalpolitischen Massnahmen schwollen in einem Masse an, das der ANC reagieren musste. Obwohl er kaum in Selbstkritik geübt ist, entschloss sich der ANC im Vorfeld der Kommunalwahlen dazu, Hunderte seiner Kandidaten auszutauschen. Er gestand sogar ein, dass der Transformationsprozess des Landes für Millionen von Menschen noch nicht zu einer verbesserten Lebenssituation geführt hat.

Wachsender Widerspruch

Doch in vielen Fällen wird diesem Wechsel in der bisherigen Sprachregelung kein Erfolg bescheinigt sein. So wurden die Wahlen von tagelangen Ausschreitungen in dem Township Khutsong überschattet, welches bisher eine ANC-Hochburg war und zur Provinz Gauteng gehört. Die Proteste richteten sich gegen eine als aufkrotyiert wahrgenommene Eingliederung des Townships in die Provinz North-West. Die BewohnerInnen befürchten damit, völlig von jeglicher sozialer Entwicklung abgeschnitten zu werden, denn die Provinz Gauteng, zu der auch Johannesburg gehört, ist die wirtschaftsstärkste Region Afrikas. Die Proteste wuchsen in einem Masse an, die viele Beobachter überrascht hat. Die Häuser von ANC-Stadträten wurden zerstört und dem ANC-Bürgermeister wurde ein Zutrittsverbot für den Ort erteilt. Polizeieinheiten belagerten den Ort und versuchten, die Menschenmengen mit Gummigeschossen auseinander zu treiben. Die Szenerie erinnerte an Bilder aus Apartheidzeiten.

Ein anderer Konflikt spielt sich seit Monaten am Rande der drittgrössten Stadt Durban ab. Abahlali base Mjondolo ist eine Bewegung von BewohnerInnen der informellen Blechhütten-Siedlungen, die seit Monaten für den Häuserbau und für Infrastruktur-Massnahmen demonstrieren. Während der Kommunalwahlen hat die Bewegung auch Wahlkampfveranstaltungen des ANC gestört. Es kam zu Konflikten mit der Polizei. Die Stadtverwaltung von Durban hat den Konflikt weiter eskalieren lassen, indem sie Protestmärsche der Bewohner verboten hat und die Siedlungen polizeilich abriegeln liess. Das Johannesburger Freedom of Expression Institute, das die BewohnerInnen unterstützt, wirft der Stadtverwaltung Apartheid-ähnliche Vorgehensweisen vor und hat vor Gericht erwirkt, dass die Demonstrationsverbote aufgehoben wurden.

Aufgrund der neoliberalen Politik sind bereits vor einigen Jahren verschiedene Organisationen entstanden, die dem Privatisierungskurs der Regierung und der Ökonomisierung des Alltags den Kampf angesagt haben. In der Region Johannesburg werden diese Organisationen durch das

Anti-Privatisierung-Forum (APF) koordiniert, welches als Dachorganisation für über zwanzig lokale Townshipkomitees fungiert. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Widerstand gegen die Einführung von Prepaid-Zählern. Für diese Wasser- und Stromzähler müssen im Vorfeld Gutscheine mit Nummerncodes gekauft werden. Strom oder Wasser werden somit nur solange zur Verfügung gestellt, wie das Guthaben ausreicht. Die teilprivatisierten Strom- und Wassergesellschaften haben durch diese Massnahme in Absprache mit der Regierung der noch aus der Apartheidzeit herrührenden Boykott-Kultur den Kampf angesagt. Tatsächlich ist die Aneignung von öffentlichen Gütern in Südafrika für viele Menschen tägliche Praxis und es herrscht ein weit verbreitetes Unverständnis darüber, dass Strom und Wasser unter Führung des ANC nun warenförmig gehandelt werden. Die lokalen Organisationen propagieren als Antwort das illegale Wiederanschliessen von Haushalten, denen Strom und Wasser aufgrund von Zahlungsproblemen abgestellt worden sind. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit fehlt vielen Menschen das Geld, um die Grundleistungen zu bezahlen. Das zum APF gehörenden Soweto Electricity Crisis Committee SECC schätzt, dass es seit 2000 rund 20000 Menschen wieder an das Stromnetz angeschlossen hat. Beim Wasser stellt die Regierung zwar monatlich 6000 Liter frei zur Verfügung, doch diese Menge ist schnell verbraucht, da auf einen Wasseranschluss eine grosse Anzahl von Menschen kommen. Aus dem Widerstand gegen die Einführung der Prepaid-Zähler in Soweto durch das SECC hatte sich zu den Kommunalwahlen eine neue Partei gegründet, das Operation Khanyisa Movement (OKM), das im Grossraum Johannesburg angetreten ist. Khanyisa bedeutet auf Zulu ungefähr «Licht an!». Trevor Ngwane, einer der Hauptorganisatoren des SECC und eine der Symbolfiguren für den Widerstand gegen die Privatisierungspolitik in Südafrika, erhofft sich von der Teilnahme an den Wahlen einen Mobilisierungsschub für die antikapitalistischen Kämpfe: «Ich mache mir keine Hoffnungen auf Sitze, die wir im Stadtrat erlangen können. Aber wir können unsere zentrale Forderung nach einer freien Grundversorgung im Zuge der Wahlen weiter bekannt machen und eine grössere Öffentlichkeit gegen die Privatisierungspolitik herstellen. Langfristig wollen wir zu einer Partei werden, die für die Arbeiterklasse eine Alternative zur Drei-Parteien-Allianz darstellen kann.»

Nicht nur an diesem Punkt widerspricht ihm Dale McKinley, der in den 1990er Jahren wegen seiner Kritik am Regierungskurs aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde. Er vertritt den Flügel innerhalb des APF, der einen Parteiaufbau für die falsche Lösung hält: «Die Armen sind noch immer loyal gegenüber dem ANC eingestell und die Enttäuschung über die Regierungspolitik wandelt sich nicht in politische Opposition. Eine politische Alternative, die nicht aus der Drei-Parteien-Allianz erwächst, können sich die meisten Menschen kaum vorstellen. Daher ist es wichtig, dass die sozialen Bewegungen zuallererst die täglichen Probleme der Menschen ansprechen und sich nicht in Parteipolitik aufreiben lassen. Weiter muss es darum gehen, ein starkes landesweites Netzwerk aufzubauen.»

Die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen scheinen McKinley Recht zu geben. Das OKM konnte im Raum Soweto nur wenige tausend Stimmen erzielen und der ANC liegt im landesweiten Schnitt bei rund sechzig Prozent der Stimmen. Gleichzeitig sinkt die Wahlbeteiligung weiterhin ab. Weniger als fünfzig Prozent der Stimmen derjenigen, die sich haben registrieren lassen, wurden abgegeben. Damit scheint sich ein Grossteil der Menschen, denen das Wahlrecht jahrhundertlang verweigert worden ist, langsam vom parlamentarischen Prozess abzuwenden.

Dass sich die Unzufriedenheit mit der sozialen Situation noch nicht in einem weiteren Aufschwung der sozialen Bewegungen gezeigt hat, lässt sich mitunter auch auf die Strategien zurückführen, die der ANC benutzt, um den Protesten die Legitimität abzuspüren. So entbrannte Mitte des vergangenen Jahres in der Hochphase von sozialen Protesten die sogenannte Third-Force-Debatte. Verschiedene ANC-Politiker fragten, ob hinter den Protesten möglicherweise eine dritte Kraft stecke, deren Ziel es sei, das Land zu destabilisieren und den ANC zu diskreditieren. Der Begriff «Third Force» ruft in Südafrika Assoziationen an den Bürgerkrieg zwischen Anhängern des ANC und der Inkatha Freedom Party (IFP) Anfang der 1990er Jahre auf. Die IFP wurde damals von einer dritten Kraft mit Waffen und Logistik versorgt, dem weissen Regime.

Mit dem Hinweis auf eine dritte Kraft wird versucht, die Bewegungen zu kriminalisieren. Auf die Debatte folgte der Auftrag des Innenministers an den Geheimdienst, die genaueren Umstände der Proteste zu untersuchen. Zwar ist die ANC-Regierung von ihrer Position wieder etwas abgewichen und hat den Begriff in den letzten Monaten nicht mehr verwendet. Dennoch bleibt ein fahler Nachgeschmack und die Frage, wie der ANC in Zukunft mit der ausserparlamentarischen Opposition und den Basisorganisationen umgehen wird.

Arroyo wiederholt Geschichte

Rainer Werning. Die Philippinen im Jahre zwanzig nach dem Marcos-Sturz. Die amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo ruft den Notstand aus, um ihn eine Woche später wieder aufzuheben – und zitiert wortgetreu aus der Kriegsrechtsdeklaration des ehemaligen Diktators Marcos. Eine Nachlese.

Während der Marcos-Ära hatte der Oppositionspolitiker, angesehene Bürgerrechtler und Menschenrechtsaktivist Senator José W. «Pepe» Diokno den Diktator, kurz bevor dieser im September 1972 das Kriegsrecht verhängte, mit den Worten gewarnt: «Natürlich können Sie sich einen Thron aus Bajonetten errichten. Nur werden Sie nie darauf sitzen können.» Warum schlug die amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (GMA) diese Lehre ihrerseits in den Wind?

Zumindest fünf Lehren resultieren aus den Geschehnissen während der turbulenten Woche vom 24. Februar, als GMA mit der Proklamation 1017 den Nationalen Notstand verhängte, bis zum 3. März, da sie diesen wieder aufhob.

1 Der Sturz der Marcos-Diktatur im Februar 1986 war Ausdruck und gleichzeitiger Höhepunkt vier höchst unterschiedlicher politischer Bewegungen und Konstellationen, doch nicht einmal ansatzweise eine «Revolution». Es gab ein ebenso umtriebige wie gewieftes US-Krisenmanagement, zumal die USA damals noch handfeste (militär-)strategische Interessen auf den Inseln verfolgten. Washington brach mit der unrühmlichen Tradition, von ihm lange gehätschelte Diktatoren – wie beispielsweise in Nicaragua und Iran – bis zur bitteren Neige die Stange zu halten, und halferte Marcos durch erzwungene «snap elections» ab. Die bürgerliche Opposition, verkörpert durch das Tandem Corazon «Cory» Aquino/Salvador «Doy» Laurel und tatkräftig unterstützt von der einflussreichen katholischen Kirchenhierarchie, besetzte mit ihrer Klientel zunehmend die Zitadellen des demokratischen Kampfs gegen den Marcos-Klan (in linker Terminologie abwechselnd als «antifaschistischer» und/oder «antidiktatorischer» Kampf bezeichnet) und fand damit auch die ungeteilte Zustimmung des U.S. State Department. Die buchstäblich erst «fünf vor zwölf» erfolgte Abkehr zweier enger Marcos-Verbündeter vom Präsidenten, des damaligen Vize-Generalstabschefs Fidel V. Ramos und von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, bescherte dem Aquino-Laurel-Camp gewichtige militärische Verbündete – gleichsam mit voller Rückendeckung des US-Verteidigungsministeriums (Pentagon). Schliesslich die Menschenmassen (People Power), die auf den Strassen und Barrikaden gegen Marcos mobil machten, aber keinerlei genuine Einfluss – geschweige denn Macht – unter dessen NachfolgerInnen erlangten. Gewiss war die Bevölkerung im metropolitanen Manila ein Macht-

faktor (People Power), doch bar jedweder Volksmacht (People's Power).

2 «People Power 2» oder «Edsa 2», in deren Verlauf GMA am 20. Januar 2001 an die Macht gelangte, zerschliessen sich schneller als ihr Vorläufer und führten über Kabalen, Intrigen und Machtmäner schliesslich zu Willkür und Amtsanmassung, wodurch die Präsidentin selbst zum grössten Sicherheitsrisiko wurde. «Teile der Opposition, linke Rebellen und rechte militärische Abenteurer», beschwor Frau Arroyo in ihrer Proklamation 1017, hätten es darauf abgesehen, ihre verfassungsmässige Regierung und das Land ins Chaos zu stürzen. Wer so argumentiert und dabei nicht davor zurück schreckt, teilweise wortgetreu aus Marcos' Proklamation 1081 (mit der er das Kriegsrecht verhängt hatte) zu zitieren, führt anderes im Schilde, als sich vermeintlich um die Belange von Sicherheit, öffentlicher Ordnung und Unterbindung (nirgends genau definierter) «terroristischer Akte und gesetzloser Gewalt» zu kümmern. Arroyo, Polizeichef General Arturo Lomibao und Generalstabschef Generoso Senga ging es wesentlich darum, Dissens, Widerstand und Protest an einem geschichtsträchtigen Datum zu ersticken und sich politisch missliebige (vorzugsweise linke) Aktivisten und Politiker sowie zugleich auch regimiekritische Medien vom Halse zu schaffen.

3 Ausgerechnet der Kommandeur einer nördlich von Manila stationierten Scout Ranger- (Elite-) Einheit, Brigadegeneral Danilo Lim, hatte mit seiner Ankündigung, einige seiner Soldaten würden sich am 25. Februar Demonstrationen anschliessen und öffentlich ihren Unmut über den Amtsstil der Präsidentin äussern, für Furore (und reichlich Spott) gesorgt. Wer gestern noch mitverantwortlich dafür gewesen sein soll, die Proklamation 1017 zu rechtfertigen, dessen Name taucht heute auf der Liste der von der Regierung knapp sechzig meist gesuchten Personen nicht einmal mehr auf. Die Crux: Das Militär, bis zu Marcos' Amtsantritt (1966) eine quantité négligeable und etwa im Gegensatz zu Thailand oder Indonesien ein koloniales Konstrukt, wurde während der Marcos-Ära politisch aufgewertet und politisiert. Unter den Marcos-Nachfolge-Regimes ward die schmutzige Rolle des Militärs während des Kriegsrechts schlichtweg «vergessen» (gemacht). Mehr noch: Beim Amtsantritt von Frau Aquino agierte es sozusagen als «Königinmache-rin». Unter Ex-General Ramos war es dessen ent-

scheidendes Machtinstrument. Unter Joseph E. Estrada liess es sich in dessen «totalen Krieg gegen den muslimischen Widerstand» im Süden des Archipels allzu willig einbinden. Und unter GMA zelebriert es seine Rolle als Gralshüterin «im Kampf gegen den Terrorismus», was es regelmässig in «Balikatan» (Schulter-an-Schulter)-Militärmanövern gemeinsam mit US-amerikanischen GIs publicity-trächtig dokumentiert. Da aber auch das Militär die realen sozialpolitischen Verhältnisse im Lande spiegelt, mithin von dubiosen Beförderungspraktiken und tief verwurzelter Patronage und Korruption durchsetzt ist, wird es stets – wenngleich nicht unbedingt gewichtig – Segmente innerhalb des Militärapparats geben, die als nachrückende, jüngere Offiziere Unmut über solche Praktiken äussern. Sind also Meutereien oder gar «Rebellen» im Militär möglich? Fehlanzeige!

4 Das ermöglicht es den wesentlich aus alten Familienklans/Dynastien mit einem Hang zu stets neuen taktischen Feinheiten komponierten politischen Eliten immer wieder, die «militärische Karte» zu ziehen und Teile dessen Establishment als Popanz aufzubauen, um die eigene Herrschaft und Pfründe im vermeintlich übergeordneten nationalen Interesse zu sichern – notfalls mit (einer Androhung von) Waffengewalt. Was GMA offensichtlich als Befreiungsschlag für sich und ihre Klientel (ein-) kalkuliert hatte – und um sich allzu lautstarkem Protest am 25. Februar zu entziehen –, dürfte letztlich ihre bis zum Sommer 2010 während reguläre Amtszeit verkürzen.

5 Sowohl die bisherige Abfolge von «People Power»-Manifestationen als auch die jüngste Proklamation 1017 beziehungsweise Proteste dagegen waren in erster Linie Manila-zentrierte Ereignisse, die im «Hinterland» belanglos blieben. Gut, dass sich «People Power» nicht mehr für dubiose Machtrochaden in Manila vereinnahmen lässt. Besser und notwendig indes wäre es, wenn die ausserparlamentarisch wie parlamentarisch organisierten demokratisch-fortschrittlichen und linken Kräfte, einschliesslich der facettenreichen so genannten Zivilgesellschaft, endlich in Wort und Tat vereint gegen den eigentlichen Notstand angingen –, was bedeuten würde, auf der Basis eines programmatisch statt patronagehaft ausgerichteten Politikverständnisses längst überfällige Sozialreformen (vorrangig eine Agrarreform) einzuleiten und die Massenarmut in Stadt und Land zu bekämpfen.

«Crevez Pour Eux»

Bernhard Schmid. In Frankreich dauern die Jugendproteste gegen die Schleifung des Kündigungsschutzes für junge Beschäftigte weiterhin an. Diese Attacke auf den Kündigungsschutz ist nämlich nur ein Glied in einer Kette.

Einen Vorteil hat er, der umstrittene CPE (Contrat première embauche – Ersteinstellung-Vertrag), der neue Arbeitsvertrag für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre, dessen Einführung die Regierung unter Premierminister Dominique de Villepin beschlossen hat und der am Dienstag dieser Woche im Senat angenommen worden ist; der neue Vertrag, der die Abschaffung des Kündigungsschutzes während der ersten beiden Jahre nach Antritt einer neuen Arbeitsstelle bringt. Während dieser Zeitspanne soll der Arbeitgeber in jedem Augenblick das Beschäftigungsverhältnis mit einem Jugendlichen ohne Angabe von Gründen kündigen können, was ihm eine willfähige Arbeitskraft während dieses Zeitraums verspricht.

Wie bitte, Vorteile? Aus Sicht des Patrons! Aber vom anderen Klassenstandpunkt aus? Doch, einen Vorzug kann man dem CPE momentan zuerkennen: Das neue Kürzel eignet sich ziemlich gut für die Agitation. Dies stellen zur Zeit Tausende von Oberschülern, Studierenden und Gewerkschaftern fest, die in den letzten Wochen die Mobilisierung des Protests voran gebracht haben. Am Dienstag fand der zweite frankreichweite Aktionstag gegen die Einführung des CPE statt, mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Dabei gingen in Paris knapp 100 000, in ganz Frankreich fast eine Million Menschen auf die Strasse – über doppelt so viele wie beim letzten landesweiten Mobilisierungstermin am 7. Februar, der aber in vielen Regionen auch mitten in die Schul- und Hochschulferien fiel.

«C wie chômage (Arbeitslosigkeit), P wie précarité, E wie exploitation (Ausbeutung)» tönte es überall im Frankreich aus den Demonstrationen – in Paris nicht anders als in Toulouse oder Lyon, von wo Originaltöne und Ausschnitte aus den Demos über das öffentliche Radio übertragen wurden, das mit deutlicher Sympathie über die Proteste berichtete. Contrat Plein d'Emmerdes (Vertrag, bei dem man voll angeschissen ist) hatte ein Teilnehmer auf sein Schild gemalt, oder ein anderer Demonstrant: Couillonné Par l'Etat (Vom Staat für dumme verkauft). Andere Studierende liefen hinter einem Transparent mit der Aufschrift Crevez Pour Eux (Krepiert für die) her. Schon älter ist der von Autonomen benutzte Slogan: Contrat Pour Esclavage? Cocktail Pour Emeutes! (Vertrag für Sklaverei? Cocktail für Krawalle!)

19 französische Universitäten von insgesamt 90 waren am vorigen Wochenende im Streik. Im westfranzösischen Rennes werden die beiden Universitäten bereits seit der ersten Februarwoche bestreikt – und blockiert. Vorige Woche, nach dem Ende der dortigen Hochschulferien, hat die Streikbewegung jetzt auch neu den Grossraum Paris erfasst. Dort sind Ende voriger Woche fünf Universitäten bestreikt gewesen – noch zahlreicher waren aber die Hochschulen, von denen am Dienstag grössere Studentenblöcke an der Demo teilnahmen. Die wichtigste Gewerkschaft der Studierenden, die UNEF, ruft seit Mittwoch frankreichweit zum Ausstand an den Hochschulen auf. Vielerorts

ist der sozialdemokratisch dominierten Organisationen die Dynamik der Mobilisierung aber längst entglitten. Die grossen Gewerkschaftsverbände – CGT, CFTD und andere –, die ebenfalls zu dem Aktionstag aufgerufen hatten, wollen am Donnerstag dieser Woche über neue Aktivitäten gegen die geplante Demolierung des Kündigungsschutzes beraten.

Dessen Demontage betrifft nämlich keineswegs allein die unter 26-Jährigen. Natürlich hätte deren verstärkte Prekarisierung allein auch schon Auswirkungen auf die gesamte Klasse der Lohnabhängigen, da deren jüngster und dynamischer Teil dadurch schon beim Eintritt ins Arbeitsleben «diszipliniert» und eingeschüchert würde. Vor allem aber ist der geplante CPE oder «Ersteinstellungsvertrag» nur das zur Zeit sichtbare Glied in einer längeren Kette. Bereits im Hochsommer vorigen Jahres – in der Urlaubspause – hatte die Regierung auf dem Notverordnungsweg bereits seinen Cousin, den CNE (Contrat nouvelle embauche) oder «Neueinstellungsvertrag» auf die Welt gebracht. Dabei handelt es sich um einen ganz ähnlichen Vertragstypus, der ebenfalls den Kündigungsschutz während zweier Jahre nach Eintritt ins Arbeitsverhältnis abschafft. Nur gilt er nicht für die Jüngeren, sondern für die Arbeiter und Angestellten in kleinen und mittleren Betrieben (bis zwanzig Beschäftigte). Bis im Januar dieses Jahres sind in Frankreich bereits 303 000 Neueinstellungsverträge abgeschlossen worden.

Der Konflikt spitzt sich zu

Ralf Streck. Die linke baskische Unabhängigkeitsbewegung hatte zu einem Streik- und Aktionstag aufgerufen, um gegen den Tod von zwei baskischen politischen Gefangenen zu protestieren. Diese kamen in der vergangenen Woche in spanischen Knästen unter merkwürdigen Umständen ums Leben.

Mit Demonstrationen und Streiks haben am Donnerstag Tausende erneut ihre Trauer und Wut über den Tod von zwei baskischen Gefangenen ausgedrückt. Bis zum Redaktionschluss kam es nicht zu Szenen wie am letzten Samstag, als die baskische Polizei brutal gegen jene vorging, die in den Heimorten Santurtzi und Portugalete Abschied von Igor Angulo und Roberto Sáiz nahmen.

Die baskische Regionalregierung hatte Versammlungen verboten, und dies auch mit dem Schutz der Angehörigen begründet. Trotzdem gedachten Tausende den Toten und solidarisierten sich mit ihren Familien, welche die Verbote heftig kritisiert hatten. Sie setzten sich auf den Boden, etliche wurden bei den Angriffen der Polizei verletzt. Jugendliche errichteten als Reaktion zum Teil Barrikaden.

Am Sonntag rief Otegi, Sprecher der Batasuna, mit den Angehörigen zu dem Streik- und Protesttag auf. Die Mobilisierung habe einen doppelten Charakter: «Auf das zu antworten, was geschehen ist, und für den Frieden und einen Prozess dahin einzutreten.» Für den Sprecher der verbotenen Partei ist es «kein Zufall», was nun passiere. Seit dem Friedensvorschlag der Partei Ende 2004 sei klar, dass es Provokationen geben werde, um den Prozess zu sabotieren.

Auch Rafa Díez, Chef der Gewerkschaft LAB, rief zum Streik auf. Sáiz, seit September 2003 Untersuchungsgefangener, war Sekretär von LAB. Otegi und Díez bekräftigten, an einer friedlichen Konfliktlösung festzuhalten. Beide vermieden das Wort Generalstreik, weil das Vorgehen nicht mit anderen Gewerkschaften abgestimmt war. Die grosse ETA versteht zwar die Motive, rief aber nicht zum Streik auf, weil dies den Konflikt vertiefe.

Vor allem die Todessumstände von Angulo sind weiter unklar. Dessen Familie spricht von einem «Mord» mit dem ein Friedensprozess sabotiert werden soll. Der 33-jährige Angulo hatte die Hände gefesselt, als er am 27. Februar in seiner Zelle im südspanischen Cuenca gefangen wurde, wo er sich an den Gitterstäben mit Lederbändern erhängt haben soll, obwohl er nicht einmal Schnürsenkel besitzen durfte. Unklar ist, wer den Körper ohne richterliche Genehmigung abgenommen hat. Der Arzt fand ihn auf der Pritsche liegend vor. Nach der offiziellen Version sei eine Reanimation versucht worden. Dabei hatte der Tote die Bänder noch fest um den Hals geschnürt, als der Arzt eintraf.

Laut Autopsiebericht starb der 41-jährige Sáiz am 3. März an einem Herzschlag. Der Untersuchungsgefangene habe seit langem über Herzprobleme geklagt. Dessen Familie hat Anzeige wegen «Nachlässigkeit» gestellt. «Die Herzbeschwerden sind nicht entsprechend behandelt worden», sagte deren Anwältin. Er habe nur Mittel gegen Blähungen erhalten. In den letzten 20 Jahren gab es 13 tote baskische Gefange, 4 in den letzten 20 Monaten.

Mit dem Streik- und Protesttag soll nun Druck auf die spanische Regierung gemacht werden, den Friedensprozess zu fördern. Als Geste soll sie die Situation der 700 politischen Gefangenen verbessern, die sie als «Geiseln» gegen das Strafrecht fern vom Baskenland inhaftiert halte. Im Mai 2005 hatten sich die Sozialisten vom Parlament Erlaubnis für Verhandlungen mit der ETA geholt, passiert ist nichts.

Was sich derweil entwickelt, spricht eher gegen einen Friedensprozess. Die ETA steigert die Intensität der Anschläge wieder. Die Aktivitäten von Batasuna wurden kürzlich erneut verboten, statt sie als Ansprechpartner für einen Friedensprozess zu legalisieren. Kürzlich wurde eine rückwirkende Überprüfung der Strafen angeordnet, um die baldige Entlassung von etwa 200 ETA-Gefangenen zu verhindern. Der Justizminister López Aguilar will dafür sogar «neue Anklagen konstruieren».

Bei jeder Sklaverei waren Schweizer mit dabei

Tom Locher. Hans Fässler liest am **VORWÄRTS**-Fest am 11. März aus seinem neuen Buch «Reise in Schwarz-Weiss. Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei». Darin beleuchtet er die Schweizer Verflechtungen mit der Sklaverei.



Schweizer Spuren in Sachen Sklaverei führten den St. Galler Kabarettisten und Historiker Hans Fässler bis nach Haiti und Westafrika. Mit erschütternden Einsichten kehrte er in die Schweiz zurück. In seinem Buch nimmt er die LeserInnen mit auf eine Reise zu Schweizer Ortsterminen. Eine lebendige Mischung von Portraits und gut lesbaren Geschichten – auf dem neuesten Stand der Forschung. Hans Fässler, geboren 1954, lebt in St. Gallen. Seit 1980 verschiedene Kabarettprogramme, zuletzt 2003 als Vorläufer dieses Buches «Louverture stirbt 1803». Engagiert in der SP St. Gallen, in der Anti-Apartheid-Bewegung, in der GSoA und in dem von ihm mitgegründeten Verein «Gerechtigkeit für Paul Grüninger».

Ob Finanzierung von Dreiecksgeschäften, Investition in Kolonialgesellschaften, Besitz und Verwaltung von Plantagen, Besitz, Handel und/oder militärische Kontrolle von SklavInnen, Niederschlagung von Aufständen, ideologische Rechtfertigung von Sklaverei und antiswarzer Rassismus – vom 15. bis ins 19. Jahrhundert beteiligten sich auch Schweizer an der transatlantischen Sklaverei. Während bald 450 Jahren – 1444 der erste Transport von SklavInnen von Lagos (Nigeria) nach Portugal, 1888 offizielles Ende der Sklaverei auch in Brasilien – wurden Menschen aus dem afrikanischen Kontinent entführt, verkauft und auf Plantagen, in Bergwerken oder sonstwo zur Zwangsarbeit genötigt.

Etwa 12 Millionen Menschen überstanden die mörderische Überfahrt («Middlepassage») auf den amerikanischen Kontinent – die Zahl der Toten in Afrika und während der Überfahrt ist unbekannt, die tiefste Annahme liegt bei einer zehnprozentigen Todesrate. Dazu kommt die niedrige Lebenserwartung der SklavInnen in Übersee aufgrund der erzwungenen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Hochgerechnet 172 000 SklavInnen wurden durch Schweizer Beteiligung (vor allem Investitionen, teilweise auch direkter Handel) deportiert – was etwa anderthalb Prozent der transatlantischen Gesamtzahl entspricht.

Hans Fässler – Kabarettist, Mittelschullehrer und Historiker aus St. Gallen – besuchte für sein Buch «Reise in Schwarz-Weiss» 19 Orte in der Schweiz, recherchierte in Archiven und begleitete von diesen Orten aus Schweizer, die in den letzten Jahrhunderten Profit im «Schwarzen Atlantik» suchten – als «Vertreter» der Teilzeitkolonialmacht Schweiz im afrikanisch-amerikanisch-europäischen Sklaverei-Dreieck.

Gehandelt wurden in diesem Sklaverei-Dreieck vor allem mit drei Dingen: Mit Sklavenhandelswaren zum Einkauf oder zum Eintauschen von Menschen in Afrika, mit SklavInnen und mit Kolonialwaren, die überwiegend aus Sklavereiproduktion aus Plantagen und Bergwerken stammten (Baumwolle, Zucker, Reis, Tabak, Kakao, Pflanzenerfärbemittel, Edelmetalle und Diamanten).

Verschiedene europäische Nationen mit Sklaverei-Kolonien in Übersee griffen auch auf die bewährten Dienste von Schweizer Söldnern zurück, zum Beispiel wenn sie Sklavenaufstände bekämpfen wollten. Einige «Eidgenossen» beteiligten sich nicht nur mit Investitionen in Kolonialgesellschaften an der Sklaverei, sondern wurden auch vor Ort aktiv und kehrten nicht selten als reiche und spendable Bürger in ihre Heimatorte zurück. Diese und auch die NachfahrInnen rühmen und ehren zwar ihre reich gewordenen Bürger beziehungsweise Vorfahren, doch sobald das Reizwort «Sklaverei» genannt wird, schliessen sich schnell mal die Gemeinde- und Familienarchive (zum Beispiel in Neuenburg, Basel und anderswo).

Dass auch einige Schweizer (Familien-)Firmen mit Tausenden von Sklaven handelten, ist für viele etwas Neues und den NachfahrInnen mehr als unangenehm. So waren etwa ein halbes Dutzend Basler Firmen zwischen 1783 und 1818 an über siebzig Sklavenhandelsexpeditionen beteiligt, mit denen etwa 22 350 Menschen aus Afrika ver-

schleppt wurden (Anzahl der Toten unbekannt). Doch auch auf staatlicher Seite war man an Profit interessiert: Der Staat Bern war 1723 der grösste Aktionär der sklavenhandelnden «South Sea Company».

Sklaverei war immer auch mit Rassismus und widerlichen Rassentheorien verbunden. Verschiedenste Schweizer, die geschäftlich, wissenschaftlich oder privat Sklaverei-Staaten bereisten, «beglückten» (ähnlich wie in den 1980er Jahren Schweizer Geschäftsleute bezüglich der südafrikanischen Apartheid) ihre Zeitgenossen und die Nachwelt mit Sklaverei-Rechtfertigungen und rassistischen «Theorien» (Auguste Forel, Louis Agassiz, Johann Caspar Lavater, Carl Ludwig von Haller et cetera).

In Fässlers Buch treffen wir auch auf eine alte Bekannte: die Firma Nestlé. Wie andere Kakao- und Zuckerimporteurinnen (Suchard, Cailler und andere) profitierte auch Nestlé von den Sklavereiprodukten Kakao und Zucker aus dem «schwarzen Atlantik». Nach 1888 war dann die Schokolade «sklavereifrei» – theoretisch zumindest. Und heute? «2002 findet man Nestlé zusammen mit der übrigen Kakao- und Schokoladenindustrie, mit Gewerkschaftern und Nichtregierungsorganisationen in der ‚International Cocoa Initiative‘ mit Sitz in Genf. Nach erschütternden Berichten über Zehntausende von Kindersklavinnen und -sklaven, welche in der Elfenbeinküste in der Kakaoernte beschäftigt waren, und nach Hinweisen auf einen eigentlichen Kindersklavenhandel in Westafrika sollen bis 2005 spürbare Verbesserungen in Sachen Menschenrechten und Arbeitsrecht erzielt werden.»

Fässler verweist auf das Buch «Disposable People» (deutsch «Die neue Sklaverei») aus dem Jahr 2000, in dem die Autoren mit Studien aus Lateinamerika, Afrika und Asien belegen, dass die Sklaverei auf der Welt gar nie wirklich abgeschafft wurde und dass sich die Sklaverei des 21. Jahrhunderts «als viel profitabler erweist als die vor 200 Jahren, weil die ‚Ware Mensch‘ im Überfluss vorhanden ist». 27 Millionen Menschen sollen heute in Sklaverei oder sklavereiähnlichen Lebensbedingungen existieren.

Während sklavereiprofitierende Städte wie Liverpool sich heute zum Beispiel in Ausstellungen mit ihrer Rolle in der Sklaverei auseinandersetzen, tun sich die ehemalige Teilzeitkolonialmacht Schweiz beziehungsweise damals beteiligte Städte wie Neuenburg, Basel, Bern und involvierte Familien oft sehr schwer. Die SVP wiederum wittert überall Wiedergutmachungs- und Entschädigungsklagen aus dem bösen Fagan-Amerika. Fässler zur hierzulande fast unbekanntem Forderung nach Wiedergutmachung: «Die Forderung nach Wiedergutmachung ist seitens der schwarzen Gemeinschaften rund um den Atlantik längst gestellt. 2001 haben sich die afrikanischen NGOs in Durban in einer pointierten Erklärung für Reparationen an die Opfer der ‚ungebrochenen Kette von Sklaverei, Kolonialismus, Fremdbesetzung, Apartheid und Rassendiskriminierung‘ ausgesprochen.» Eine Forderung, die – wie wir gesehen haben – auch die Schweiz einiges angeht.

HANS FÄSSLER: REISE IN SCHWARZ-WEISS.
SCHWEIZER ORTSTERMINE IN SACHEN SKLAVEREI,
ROTPUNKTVERLAG ZÜRICH 2005, 36 FRANKEN.

Politische Lüge

sub. Am 20. März 2006 findet der 3. Jahrestag der Politischen Lüge statt. Auf Initiative des Internationalen Literaturfestivals Berlin wird an diesem Tag des Einmarsches der USA im Irak erinnert und zwar mit weltweiten Lesungen des Textes von Eliot Weinberger «Was ich hörte vom Irak». Der Text ist eine Zusammenstellung von Statements der US-Administration und ihrer Verbündeten, von Aussagen von Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte, aber auch von Angehörigen der irakischen Zivilbevölkerung und von Meldungen von Berichterstattern – der Autor Eliot Weinberger hat die Nachrichten aus dem Kriegsgebiet zu einer erschreckenden Collage der politischen Irreführung und medialen Verunsicherung zusammengestellt. Er zeichnet damit die Geschichte des Irakkriegs von 1992 bis 2005 nach. Ziel der Veranstaltungen soll sein, das Bewusstsein über Formen politischer Kommunikation zu erhellen und die politische Lüge zu kritisieren. Auch in der Schweiz finden Lesungen statt. Im Theater Basel K6, Klosterberg 6, um 20 Uhr und in Zürich um 18 Uhr vor dem Theater am Neumarkt.

WWW.LITERATURFESTIVALBASEL.CH

«Wenigismehr»

sub. Ende März wird es ernst: Fast gleichzeitig will die Stadt die NutzerInnen des denk:mals und des Paradisli auf die Strasse stellen. Anstatt eines lebhaften Kulturtriebs sollen am einen Ort ein Partyservice und ein paar Büros, am andern Ort Wohnungen «gehobenen Standards» entstehen. Auch der Wagenplatz Alternative ist räumungsbedroht. Gleich alle drei Freiräume werden also womöglich im April verschwunden sein. Als Abschiedsevent organisieren Leute vom Paradisli ein Festival der Sonderklasse: Auf drei Bühnen und Dancefloors spielen am «wenigismeh-Festival» während gut 30 Stunden rund 30 Bands und DJs Musik diverser Stile. Ein Leckerbissen für alle PartygängerInnen. Die OrganisatorInnen hoffen, mit dem vielseitigen Programm ein breites Publikum anzuziehen, damit noch mehr beginnen, sich für eine lebhaftere, vielseitige Stadt einzusetzen. Am 25. und 26. März im denk:mal, Boligenstrasse 85. Wegbeschreibung und Infos zur aktuellen Bau- und Wohnpolitik der Stadt Bern auf den Websites von Paradisli und denk:mal.

WWW.DENK-MAL.INFO,
WWW.PARADISLI.CH

ProFF-Kurs

sub. Alle tapfen wir immer wieder in die Geschlechterfalle, glauben, Männer müssten starke Helden sein und Frauen fürsorgliche Helferinnen. Wer aus der Rolle fällt, wird als Emanze oder Weichei abgestempelt. Beim Christlichen Friedensdienst cfd sagt frau sich: «Lasst uns aus der Rolle fallen, damit wir aus der Falle rollen...» Zum zweiten Mal führt der cfd den ProFF-Kurs für Promotorinnen feministischer Friedenspolitik durch. Er richtet sich an junge Frauen mit feministischem und friedenspolitischem Interesse, die Lust haben, gängige Geschlechterstereotype zu zerplücken und Visionen von einem (geschlechter-)gerechten Frieden zu entwickeln. Der Kurs hinterfragt das eigene Rollenverständnis – sowohl im persönlichen wie in einem gesellschaftlichen Kontext von Konfliktsituationen und Machtverhältnissen. Der Kurs umfasst fünf eintägige Workshops mit Fachfrauen aus Praxis und Theorie. Die Kursdaten sind 8. und 29. April, 13. und 27. Mai, 10. Juni 2006. Die Workshops finden in Bern statt. Anmelden bei der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, Telefon 044 242 93 07. Mehr Infos auf der cfd-Website.

WWW.CFD-CH.ORG/PROFF.HTML

Filmzyklus Palästina – Israel

Bern. Im Rahmen des Filmzyklus «Palästina – Israel: Eine filmische Begegnung» wird der Film «Route 181, Fragments d'un voyage en Palésthine-Israël» von 2003 gezeigt. Regisseur Michel Khleifi ist anwesend. Programm unter www.reitschule.ch.

FREITAG, 10. MÄRZ, 21 UHR, KINO IN DER REITSCHULE

Radio Rabe

Bern. Radio Rabe wird 10jährig und feiert ein grosses Fest in der Reitschule. Mit zwanzig Live-Acts und 15 DJs und DJanes. Der Frauenchor der Reitschule zeigt sein neues Repertoire japanischer und chinesischer Lieder, die lateinamerikanische Tanzgruppe Terra Callente zeigt ihr Können. Dazu den ganzen Tag Spezialeinsendungen. Siehe www.rabe.ch.

10. MÄRZ BIS 12. MÄRZ,
JEWEILS 22 UHR (SONNTAG AB 14 UHR),
REITSCHULE BERN

Filmfestival Fribourg

Fribourg. Das internationale Filmfestival findet schon zum 20. Mal statt. Erstmals werden alle Wettbewerbsfilme zweisprachig untertitelt. Das Festival präsentiert neben dem Wettbewerb auch eine Retro mit brasilianischen Filmen. Programm unter www.fiff.ch.

12. BIS 19. MÄRZ

Sexismus in linken Strukturen

Zürich. «Jedes Mal, wenn sexualisierte Gewalt öffentlich gemacht wird, werden wir mit Reaktionen konfrontiert, die wir zwar kennen, uns dennoch immer wieder enttäuschen und wütend machen. Mit Diskussionen und Rollenspielen möchten wir andere Reaktionsweisen erlebbar machen.»

DIENSTAG, 14. MÄRZ, 20 UHR, FRAUEN-LESBENKASAMA, MILITARSTR. 87A

Peace Watch

Bern. Infoveranstaltungen zu Friedenseinsätzen in Konfliktgebieten: Peace Watch Switzerland (PWS) bildet Leute aus, die als MenschenrechtsbeobachterInnen einen Einsatz leisten. Mehr Infos auf www.peacewatch.ch.

SAMSTAG, 18. MÄRZ, 13 UHR,
BILDUNGSZENTRUM WWF, BOLLWERK 35

Irak im Umbruch

Bern. Bald ist es drei Jahre her, dass der Angriff gegen den Irak begann. Die GSoA Bern blickt auf die Folgen des so genannten «Kriegs gegen Terror». Am 20. März geht es um die aktuelle Lage. Wie (über)leben Menschen im Irak? Wie sieht die politische Situation aus? Der Exiliraker Aso Jabbar berichtet über den irakischen Freiheits-Kongress, der eine Alternative zum Dilemma zwischen pro-amerikanischen Nationalisten und islamistischen Extremisten sein möchte. Informationen unter bern@gsoa.ch.

MONTAG, 20. MÄRZ, 19.30 UHR,
POLITFORUM KÄFIGTURM

Fernsehtipps

Hanns Eisler in den USA (D, 2005) Dokumentarfilm über die Emigrationszeit des berühmten Komponisten und Kommunisten in den USA, die durch die politische Verfolgung durch McCarthy endet.

SAMSTAG, 11. MÄRZ, 0.10 UHR, ARTE

Zeit zu leben und Zeit zu sterben (USA, 1958)

Soldat Gräber kommt 1944 auf Urlaub in seine zerstörte Heimatstadt und lernt die Schrecken des Krieges in der Heimat und faschistische Verfolgung kennen. Erich Maria Remarque arbeitete am Drehbuch mit und übernahm eine Rolle im Film.

SONNTAG, 12. MÄRZ, 17.50 UHR, DAS VIERTE

Berlin – Ecke Schönhauser (DDR, 1957)

Zwei Jugendliche fliehen nach einem von ihnen verschuldeten Unfall von Ost- nach Westberlin, wo ihnen in einem Auffanglager eine zweifelhafte Fürsorge zuteil wird, die in einem Drama endet.

MONTAG, 13. MÄRZ, 23.00 UHR, RBB

Angst essen Seele auf (D, 1973)

Die verwitwete Putzfrau Emmi und der zwanzig Jahre jüngere Marokkaner Ali verlieben sich ineinander und heiraten, was in Emmis Umgebung auf Unverständnis und Hass stösst.

DONNERSTAG, 16. MÄRZ, 22.25 UHR, 3SAT

Spartacus (USA, 2004)

Im Jahr 73 v. Chr. führt der als Sklave geborene und zum Gladiator ausgebildete Spartacus einen Ausbruch aus einer Gladiatorenschule in Capua an. Neuverfilmung des Kinoklassikers.

FREITAG, 17. MÄRZ, 20.15 UHR, PRO 7

Die Schlacht um das Eiweiss

Reto Sonderegger. Der Vormarsch der Sojamonokulturen in Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und Bolivien, den Ländern des Mercosur, scheint unaufhaltsam. Allein in Argentinien steigt die mit gentechnisch veränderter Soja bebaute Fläche jährlich um eine Million Hektar. Bis ins Jahr 2020 wird ein zusätzlicher Landbedarf von bis 22 Millionen Hektar angenommen.

Dieser zusätzliche Landbedarf entspricht viermal der Landesfläche der Schweiz. Der Sojaanbau wird von den entsprechenden Regierungen mit Infrastrukturprojekten gefördert, weil mit den erwirtschafteten Devisen ein grosser Teil des Schuldendienstes bestritten wird. Verlierer in diesem Prozess ist die ländliche Bevölkerung, welche in die städtischen Zentren vertrieben wird, und bislang nicht nachhaltig gestörte Ökosysteme mit hoher Artenvielfalt. Dagegen mobilisieren sich in den Ländern des Mercosur seit längerem bäuerliche Basisbewegungen, die dem internationalen Agrobusiness und seiner geballten wirtschaftlichen Macht die Stirn zu bieten versuchen.

Ins Rollen kam der Sojaboom mit der BSE-Krise in Europa in den 1990er Jahren. Die Fütterung von proteinreichen Schlachtabfällen an Nutztiere wurde verboten. Dieses Manko an wertvollen Eiweissen musste ersetzt werden, wollte man die intensive Fleisch- und Milchproduktion nicht in Frage stellen. So landen heute Millionen von Tonnen südamerikanischer Soja in europäischen Tiermägen, vor allem denen von Geflügel, Schweinen und Kühen, während die Schlachtabfälle hier als Sondermüll in der Zementindustrie vernichtet werden. War die Verfütterung von Tier- und Blutmehl an Rinder unbestreitbar pervers, weil sie reine Pflanzenfresser sind, wäre sie für Allesfresser wie Hühner oder Schweine nach wie vor eine Alternative und würde die Abhängigkeit von importierten Futtermitteln vermindern. Für einen weiteren markanten Nachfraganstieg nach Soja sorgten die ostasiatischen und chinesischen Geflügelindustrien als Folge der veränderten Nahrungsgewohnheiten der dortigen Bevölkerungen. So ist China heutzutage der grösste Sojaimporteur weltweit. Zusätzlich ist Soja wichtiger Rohstoff in der Nahrungsmittelindustrie. Auch in der Schweizer Schoggi ist Sojalezithin drin.

Um den Schweizer Nutzviehbestand zu ernähren, werden in Lateinamerika jährlich 160 000 Hektaren Soja angebaut. Dies entspricht der Fläche des Kantons Fribourg. Der Massenkonsum von Fleisch von Tieren, die Nahrungskonkurrenten des Menschen sind, weil sie sich von Getreide und Körnerleguminosen ernähren, höhlt die Ernährungssicherheit wie die Ernährungssouveränität der Länder des Südens immer weiter aus. Nur eine bodenabhängige Landwirtschaft könnte hier Abhilfe schaffen. Das heisst folgendes: Schweizer Bauern müssten für ihre eigenen Tiere ihr eigenes Schweizer Futter anbauen. Doch dies wäre viel zu teuer, können doch im globalisierten Markt viele Kosten externalisiert werden. So fressen folglich auch die allermeisten Knospeschweine brasilianische Biosoja und chinesischen Maiskleber.

Folge: Zerstörungen

Um mit der Marktnachfrage mithalten zu können, werden im Norden Argentinien die letzten Urwälder abgeholzt und im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso frisst sich der Sojaanbau immer weiter nach Amazonien und die Trockensavanne Cerrado hinein. Blairo Maggi, grösster Sojaproduzent der Welt mit 150 000 Hektaren und gleichzeitig Präsident des Bundesstaats, wurde deshalb von Greenpeace Brasilien mit der «Goldenen Motorsäge» ausgezeichnet. Auch in Paraguay fallen die letzten Urwälder im Alto Paraná den Motorsägen und Baggern zum Opfer, um den Sojamonokulturen Platz zu machen. Im Grenzgebiet von Argentinien und Paraguay wird der Chaco immer mehr in ein riesiges Sojafeld verwandelt.

Doch nicht die ganze Ausdehnung der Sojaproduktion geht auf die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Grenze zurück. Ein grosser Teil verdrängt traditionelle Kulturen, die der einheimischen Bevölkerung Ernährungssicherheit garantieren. Die Anbauflächen von Weizen, Sonnenblumen, Reis, Gemüse und Obst für den internen Markt gehen sukzessive zurück, während immer mehr exportiert wird. Über die Hälfte der angesäten Fläche in Argentinien ist heute mit Soja bedeckt. Zu 99 Prozent mit der gentechnisch veränderten und herbizidresistenten Soja (GVO) RR von Monsanto. RR steht für Roundup Ready, das Herbizid, gegen welches diese Pflanze resistent ist und das ebenfalls von Monsanto hergestellt wird. Tausende von argentinischen Milchbauern haben die Produktion aufgegeben und ihr Land den Sojaunternehmern verpachtet, weil das ihnen mehr Gewinn einbringt. Als 2003 im Nordwesten der ehemaligen Kornkammer der Welt erste Kinder verhungerten, gingen die Sojabarone in die Offensive und gründeten die Initiative «soja solidaria». Ein Promille der Ernte wird für die Armenspeisung abgegeben und Kochkurse für Sojaprodukte im ganzen Land werden organisiert.

Während in der Schweiz nicht einmal das Vieh mit GVO-Produkten gefüttert werden darf, ist gentechnisch veränderte Soja in Argentinien Hauptnahrungsmittel Tausender armer Familien. So können sich die Verursacher des Hungers noch als Gutmenschen feiern lassen. Aber die Soja löst die Probleme nicht. Soja kann bei Kleinkindern die Aufnahme von Eisen und Kalzium blockieren und so Anämie verursachen. Tatsächlich leidet über die Hälfte der argentinischen Kinder denn auch an Blutarmut.

Soja muss auch transportiert werden. Die billigste Art ist der Schiffstransport. Die geplante Wasserstrasse Paraguay-Paraná (Hidrovia Paraguay-Paraná HPP) soll den Rio Paraguay bis hoch ins brasilianisch-bolivianische Grenzgebiet (dem Pantanal) schiffbar machen. Im bolivianischen Tiefland von Santa Cruz und dem brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso wird nicht nur sehr viel Soja, sondern auch sehr viel Eisen gefördert. Dennoch soll Soja sechzig Prozent des Transportvolumens ausmachen. Damit die riesigen Barkassen überall durchkommen, müssen die Flüsse tiefer gegraben und enge Schlaufen begradigt werden. Dies impliziert allerdings eine Erhöhung der Fließgeschwindigkeit und mehr Erosion. Der Pantanal ist ein tropisches Feuchtgebiet von globaler Bedeutung mit einer grossartigen Artenvielfalt und läuft Gefahr, durch dieses Projekt zerstört zu werden. Denn fehlt diese vegetative Decke, verliert der Boden die Rückhaltfähigkeit von Wasser, dadurch kommt es zu mehr oberflächlichem Wasserabfluss und in der Folge zu mehr Erosion und Überschwemmungen. Mehr Überschwemmungen sind heute in Argentinien schon bittere Realität. Durch das Abholzen vieler Urwälder für die Sojaproduktion gelangt immer weniger Wasser ins Grundwasser und ergiesst sich stattdessen in gewaltigen Mengen Richtung Rio de la Plata.

Chemikalien und US-Armee

Unter der Erde des Herzens der globalen Sojaproduktion befindet sich die grösste Süsswasserreserve des Planeten, der Aquifero Guarani. Dies zieht natürlich das Interesse des privaten Kapitals nach sich, das nach der Privatisierung des Wassers strebt. So sind Konzerne wie Coca Cola und Nestlé sehr aktiv in dieser Region. Auch die US-Armee strebt hier nach militärischen Stützpunkten. Auf einem 600 000 Hektaren grossen Gebiet, welches die rechtsextreme Moon-Sekte im Chaco Paraguays gekauft hat, befindet sich eine militärische Basis der Yankees.

Obwohl sich die Gentechlobby damit brüstet, GVO-Pflanzen bräuchten weniger Pestizide, beweist die Realität im Mercosur das Gegenteil. Viele Unkräuter haben Toleranzen gegen das Herbizid Roundup gebildet. Die Applikationsmenge muss ständig erhöht werden. Vielerorts werden die riesigen Felder aus der Luft besprüht. Oft werden dabei Siedlungen von Indigenas und Kleinbauernfamilien fahrlässig oder mit Absicht ebenfalls eingeebnet. Mit katastrophalen Folgen. Das Vieh stirbt, die Kulturen für die Selbstversorgung werden zerstört und die Menschen erleiden schwerste Vergiftungen. Viele Sojafarmer waschen ausserdem ihre Spritzmaschinen in den Bächen und vergiften so das Trinkwasser. Bei Regen werden viele Pestizide in tiefer gelegene Tümpel und Weiher geschwemmt und konzentrieren sich dort. In Argentinien wurde schon eine sehr reduzierte Biodiversität bei Plankton nachgewiesen und Kaulquappen von Fröschen und Kröten weisen Mutationen auf. Die von den Produzenten angepriesenen ungefährlichen Spritzmittel haben also den Eingang in die Nahrungskette bereits gefunden.

Das Armenviertel Ituzaingó in Córdoba im Westen Argentinien, ehemals von Gemüse und Obst umgeben, ist heute von GVO-Soja umzingelt. Die Pflanzungen reichen bis an die Häuser heran. Von 5000 EinwohnerInnen leiden 300 an akuten Krebserkrankungen. Doch auch für den Boden und die darin lebenden Lebewesen bedeutet der unerbittliche Einsatz von Pestiziden Tod und Verderben. Die Biodiversität ist massiv eingeschränkt und die natürliche Nährstoffnachlieferung des Bodens wird immer schlechter. In der Folge muss teurer Kunstdünger eingesetzt werden, wenn die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleiben soll. Oder die Sojakarawane zieht weiter und lässt Ödnis zurück...

Organisierung und Widerstand

Immer mehr Menschen lassen sich nicht mehr einfach von ihrem Land vertreiben und organisieren sich in Basisgruppen. Landlose, KleinbauernInnen, Indigenas schliessen sich mit fortschrittlichen NGOs und urbanen sozialen Bewegungen zusammen. Die Megastädte bieten keine andere Perspektive als Armut, Elend und Ausgrenzung – und allenfalls ein unerbittliches Alle gegen Alle. Perspektivisch ist das Ziel eine Umkehr der Landflucht und die organisierte kollektive Rückkehr aufs Land. So schloss sich ein Teil des Movimiento Campesino de Santiago del Estero aus dem Nordwesten Argentinien mit den radikalen Pi-queteros der Haníbal Verón zusammen – für eine kämpferische Wiederbesiedlung des ländlichen Raumes. Allerdings sind die Schwierigkeiten enorm. Vielerorts sind landwirtschaftliches Wissen und Erfahrungen verloren gegangen und jede staatliche Unterstützung fehlt. Das einzige, was vom Staat für diese Leute noch bleibt, ist Repression. Dennoch gibt es Lichtblicke und konkretes Vorleben einer wirklichen Alternative. Das gilt besonders für die brasilianische Landlosenbewegung MST, die eine starke kontinentale Ausstrahlung hat. An ihren Schulen treffen sich auch Militante aus Paraguay und Argentinien. Es gibt Austauschprogramme in Agrarökologie und Biolandbau mit Venezuela.



Die ländliche Bevölkerung hat sich in einen sozialen Antagonismus des internationalen Kapitals verwandelt, weil sie seinem ungestörten Prozess von Reproduktion, Vergrösserung, Konzentration und Zentralisierung im Weg steht. Bauern und Bäuerinnen sind Störfaktoren. Deshalb pusht das Kapital den kapitalintensiven, aber arbeitsextraktiven Sojaanbau für den Export. Er leert den ländlichen Raum und schafft Platz für Projekte und viel Handlungsspielraum für die Nutzung auch ausserhalb seiner Primärfunktion der Nahrungsmittelproduktion: Staudammprojekte, Privatisierung der Süsswasserreserven, Holzproduktion durch die Forstindustrie zur Papiergewinnung, Herstellung von erneuerbarer Energie (Biodiesel). In diesem Zusammenhang existiert bereits schon der Ausdruck des grünen Saudi-Arabiens für Brasilien. Argentinien hat bereits Verträge mit Deutschland und Japan für Bioenergie abgeschlossen, während die eigene Bevölkerung den Zugang zum Land, Wasser und Wald und damit ihre Ernährungssouveränität schon lange verloren hat.

Raum für Kapitalprojekte

Weiter ist der ländliche Raum für die Pharma- und Gentechindustrie wegen seiner hohen Biodiversität und ihrer Patentierung interessant. Unter dem Boden liegende Rohstoffreserven können problemlos ausgebeutet werden, wenn niemand mehr da ist. Viele Reiche beginnen im stadtnahen Raum auf dem Land luxuriöse Wohnsitze zu bauen, weil die Grossstädte zu gefährlich und unattraktiv geworden sind. Ebenso konkurrenziert der Tourismus die ländliche Bevölkerung. Auch Naturreservate schliessen sehr oft die einheimische Bevölkerung aus. In Paraná, im Süden Brasiliens, wurden um den Jahreswechsel 2005/2006 Guarani-Indigenas aus einem Naturreservat vertrieben, welches sie besetzt hielten, weil sie durch Abholzung ihr Territorium verloren hatten.

Für die bäuerlichen Bewegungen geht es darum, nicht nur für ein Stück Land, sondern für das ganze Territorium als soziopolitischer Begriff zu kämpfen. Als Raum, wo ein anderes Leben möglich ist. Solidarisch und nachhaltig. Es geht um eine Verbesserung der Erziehung und des Gesundheitswesens, welche integrale Bestandteile der Agrarreform sind, welche von den Basisorganisationen gefordert wird, die bei «Via Campesina» organisiert sind. Doch die Hoffnung für eine bessere Zukunft speist sich nicht aus dem Warten auf bessere Zeiten, sondern daraus, dass man dafür kämpft. So wird mit jeder Landbesetzung ein Stück gesellschaftlicher Utopie antizipiert. Jahrelang unter schwarzen Plastikplanen am Strassenrand zu leben in der Hoffnung auf ein Stück Land ist kein Pappenstiel; vor allem wenn landlose Familien immer wieder geräumt werden. Es gibt eine unterdessen legalisierte Besetzung des MST, die 26 Mal geräumt worden ist. Beim 27. Mal konnte sie endlich bleiben. Diese Beharrlichkeit macht die Stärke der Bewegung aus, in der jedeR einzelne weiss, worum es geht.

In den südlichen Bundesstaaten Brasiliens ist der MST so stark, dass er Räumungen auch verhindern kann. Ende Dezember 2005 konnten 400 Aufstandsbekämpfungspolizisten 300 landlose Familien bei Foz do Iguaçu nicht räumen, weil diese Verstärkung aus den nahen Ansiedlungen des MST bekommen hatten. Hunderte versperrten die Strasse, als die Polizei anrückte. Hunderte standen links und rechts der Strasse versteckt im Maisfeld mit Stöcken, Hacken, Steinen und Molotow-Cocktails. Die Repressionskräfte zogen sich kampfflos zurück, weil sie meinten, sie müssten Tausende sein, um den Kampf aufzunehmen. Die Masse des organisierten Volks, das denkt, sei das, was sie schütze in ihrem Kampf als David gegen Goliath, meinte mir gegenüber ein Aktivist in diesem Zusammenhang.

DER AUTOR ARBEITET AUF EINEM BIOBAUERNHOF IN DER NÄHE VON BASEL. IN NÄCHSTER ZEIT WIRD ER IM ZÜRCHER INFOLADEN KASAMA (DER GENAUE TERMIN STEHT NOCH NICHT FEST) ÜBER DEN SOJAANBAU IN LATEINAMERIKA BERICHTEN.

Konfrontation zwischen Landbesetzern und der Polizei in Brasilien. Bild: Homepage MST

Ideale und Sachzwänge

sub. Die Unia baut in den nächsten zwei Jahren 55 Stellen ab. Dagegen regt sich Protest. Gefährden die Abbaupläne die gerade entstehende gemeinsame Unia-Identität? Darf die Gewerkschaft Leute entlassen?



«Unser Auftrag ist, eine erfolgreiche Bewegungspolitik zu machen und darum sind wir gezwungen, auf das Defizit zu reagieren.» Hans Hartmann ist auf dem Berner Unia-Zentralsekretariat verantwortlich für Kommunikation und Kampagnen.

Hans Hartmann, gegen die Entlassungen in der Privatwirtschaft wehrt sich die Unia, aber selber streicht sie Stellen. Bedient sich die Unia nun der Mittel der Gegenseite?

Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob es Entlassungen gibt, um den Shareholder-Gewinn zu maximieren, oder ob es in einer Non-Profit-Organisation darum geht, möglichst effektiv Gebrauch von den Mitgliederbeiträgen zu machen. Aufgabe der Gewerkschaften kann es ja nicht sein, möglichst viele Mittel in den Apparat zu stecken. Wir sind verpflichtet, die Ressourcen wirklich optimal für ihren Zweck einzusetzen, nämlich gute Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder herauszuholen.

Für die konkret Betroffenen ist das aber natürlich ein schwacher Trost. Entlassungen sind natürlich eine schwere Belastung, und für eine Gewerkschaft sowieso. Es geht nun darum, mit den Betroffenen möglichst akzeptable Lösungen zu finden.

Nicht nur bei der Geschäftsleitung und in den politischen Sekretariaten wird abgebaut, sondern auch dreissig Stellen in den Regionen werden gestrichen. Kann die Qualität der Gewerkschaftsarbeit noch sichergestellt werden, wenn an der Basis abgebaut wird?

Eines der erklärten Ziele der Fusion war, die Infrastruktur zusammenzulegen. Daher sind jetzt vom Abbau in erster Linie Backoffice-Stellen betroffen, vor allem in der zentralen Unia-Administration. Mitgliederbetreuung und Bewegungsaufbau sind aber weiterhin erste Priorität der Unia. Hier geht es allenfalls um einen Umbau: Wir investieren viel im wachsenden Tertiärsektor, und ziehen dafür einige Kräfte aus schrumpfenden Branchen ab.

Die Ortsgruppe Limmattal protestierte gegen zwei Entlassungen. Sie befürchten, die Sektion Amt-Limmat-Horgen solle «durch die Hintertüre» abgeschafft werden. Ist es nicht gelungen, in den Regionen die Notwendigkeit des Abbaus zu vermitteln?

Es ist kein Kommunikationsproblem. Wir haben immer offen über die Ziele und Bedingungen der Fusion kommuniziert. Es war klar, dass der Stellenetat reduziert werden muss. Aber dass die Betroffenen jetzt darüber unglücklich sind, ist doch ganz normal. Bei einem Stellenabbau, wie wir ihn jetzt haben, gehen die Emotionen natürlich hoch.

Nicht alle Regionen sind vom Abbau gleich betroffen. Manche Regionen können ihn über natürliche Fluktuation und Pensionierungen auffangen, in Bern zum Beispiel konnte fast der gesamte Stellenabbau durch das Nichtsetzen von pensionierten Kolleginnen und Kollegen vollzogen werden. In der Region Zürich war dies so nicht möglich, es kommt daher auch zu Entlassungen. Dahinter gibt es keinen Geheimplan zur Abschaffung einer Sektion.

Wieso werden schon Kündigungen ausgesprochen, obwohl mit den betroffenen MitarbeiterInnen noch

kein endgültiger Sozialplan vereinbart worden ist?

Das stimmt so nicht. Ein Sozialplan wurde bereits Anfang 2004 im Rahmen der Fusion ausgehandelt. Jetzt, im Februar 2006, ist dieser Sozialplan nach Gesprächen zwischen der Geschäftsleitung und der Personalkommission zusätzlich verbessert worden. Gleichzeitig haben wir auch die Betroffenen, das ganze Personal und die Öffentlichkeit offen informiert. Mit den einzelnen Betroffenen wird nach möglichst sozialverträglichen Regelungen gesucht. Es wird mit jeder und jedem Einzelnen, bei der oder dem es keine anderen Möglichkeiten wie Frührentierungen oder interne Umplatzierungen gibt, über die Kündigungsmodalitäten und Weiterbildungsmöglichkeiten gesprochen. Wo möglich werden Fristen erstreckt.

Geschäftsleitung und nationale Personalkommission haben am 1. Februar über die Vermeidung von Entlassungen verhandelt. Teil davon war die Diskussion über Sparmöglichkeiten durch den Verzicht auf Lohn und Spesen für Kader. Warum lehnte die Geschäftsleitung diesen Vorschlag der Peko ab?

Es gibt wohl kaum eine Organisation von unserer Grösse, die eine ähnlich flache Lohnkurve hat. Über die ganze Gewerkschaft hinweg, von den Präsidenten bis zur Büroaushilfe, beträgt die Spanne zwischen dem höchsten und tiefsten Lohn eins zu drei. Das macht die Gegenüberstellung von Kadern und Nichtkadern etwas problematisch. Es gibt Kader, die weniger verdienen als langjährige Angestellte ohne Führungsverantwortung, es gibt Teilzeitkader mit Familie – ein allgemeines Lohnopfer wäre da kaum sozialverträglich. Nicht von ungefähr hat gerade die Personalkommission im Verlauf der Fusion am stärksten darauf gepocht, dass niemand Lohnnebenbusse hinnehmen muss. Ausserdem: Auf Anfang 2006 wurde mit der Peko zudem ein neues, transparentes Lohnreglement und ein neues Spesenreglement vereinbart – dabei mussten die Kader bereits einige Abstriche hinnehmen.

In der Ostschweiz toben offenbar Machtkämpfe zwischen ehemaligen SMUV- und GBI-VertreterInnen. Bricht hier auf, was bei der Fusion vielfach befürchtet worden ist, dass GBI und SMUV sich nicht unter einem Dach vereinen lassen?

Wie gesagt: Die Entlassungen, die auch in der Region Ostschweiz gesprochen werden mussten, sind – auch wenn die Gründe transparent sind und das Vorgehen korrekt ist – eine Belastung und führen zu Konflikten. Dazu kommt, dass es in der Ostschweiz bereits vor der Fusion Probleme bei der Personalführung gab. In solchen Konfliktsituation werden offenbar alte Wahrnehmungsmuster aktiviert. Aber weder der aktuelle Stellenabbau noch die alten Probleme folgen tatsächlich dem Schema «GBI gegen Smuv» oder umgekehrt. Wer es so sehen will, schaut an der Realität vorbei. Daher bin ich sicher, dass weder die Führungsprobleme in einzelnen Sektionen noch die Stellenreduktion insgesamt die Fusion in Frage stellen. Sie sind eine schwere Belastungsprobe, aber kein Identitätsproblem.

trouvaile

Ich hatte früher nicht viel Zeit für meine Kinder. Aber sie haben mich jeden Morgen gesehen, wie ich hochmotiviert zur Arbeit gegangen bin. Diese Begeisterung hat sich auf sie übertragen. Mein ältester Sohn arbeitet für Google, das hat ihn verändert. Ich habe ihn noch nie so motiviert und glücklich erlebt.

DANIEL BOREL, MITGRÜNDER DER FIRMA LOGITECH, FORDERT, DASS DIE SCHWEIZER ENDLICH «AUFWACHEN» UND MEHR «LEIDENSCHAFT» FÜR DIE WIRTSCHAFT ENTWICKELN. INTERVIEW IM TAGES-ANZEIGER VOM 8. MÄRZ, DEM INTERNATIONALEN FRAUENTAG.

Suisse like home



«SUISSE LIKE HOME... ES GEHT MIR LICHT AUF WIE ZU HAUSE» (DRAGICA RAJICIC)

«Die» Seconda gibt es nicht. Zu diesem Schluss kommt das Olymppeheft Nr. 22. Die Töchter und Söhne von Migrantinnen sind eine heterogene Gruppe. Ihre Eltern kommen aus verschiedenen Orten der Welt und liessen sich aus unterschiedlichen Gründen in der Schweiz nieder. Die einen aus Liebe, die andern wegen der Arbeit, wieder andere suchten Sicherheit. Sie und ihre Kinder haben verschiedene Diskriminierungserfahrungen gemacht. Einige sind sozial verletzlicher als andere: Es macht etwa einen Unterschied, ob man einen italienischen oder bosnischen Pass besitzt, Afrikanerin, Asiatin oder Europäerin ist. Secondas weigern sich, Selbstbezeichnungen zu übernehmen, die ihnen die dominierende Gesellschaft anbietet. Hamide, eine Deutsche türkischer Herkunft sagt beispielsweise:

«Also ich war zuerst eine Türkin und danach wurde ich eine Lesbe und danach habe ich angefangen, mich mit meinen deutschen Seiten auseinander zu setzen (...) Dann kam die Phase, ok, ich bin eine Deutsch-Türkin oder türkische Deutsche und innerhalb der Lebenszene hab' ich dieses 'Ich-bin-eine-Migrantin-Coming-out' gehabt, sol'»

Die Schilderungen der Schulkarrieren junger Secondas zeigt einmal mehr auf, dass der Zugang zu Bildung für sie mit Dornen übersät ist: Finanzielle Probleme, mangelnde Unterstützung seitens der Lehrkräfte, Eltern, die nicht den Mut hatten, in der Schule für die Rechte ihrer Kinder einzustehen. Nicht an Freizeitaktivitäten der MitschülerInnen wie Skifahren oder Reiten teilnehmen zu können, weil die Eltern das nicht bezahlen können. Auch SchweizerInnen aus ärmeren Familien dürften ähnliche Erfahrungen gemacht haben.

Ich wünschte, ein Heft wie «Secondas», das Olymppe-Heft Nr. 22, wäre schon vor 18 Jahren erschienen. Als junge Frau mit Migrationshintergrund habe ich damals intensiv nach Frauenliteratur gesucht, die mir bei meiner politischen Bewusstseinswerdung behilflich sein könnte. Der Begriff Seconda existierte noch gar nicht und es gab keine politische Gruppierung, durch die ich mich repräsentiert fühlte. Ich lernte viele junge Migrantinnen kennen, die sich entweder total anzupassen versuchten oder alles Schweizerische ablehnten. Als ich zu reisen begann, stellte ich fest, dass die Maghrebinerinnen in Frankreich, die Inderinnen und Pakistanerinnen in Grossbritannien und die Lateinamerikanerinnen und Schwarzen in den USA mit noch grösseren Problemen zu kämpfen hatten als ich. Ich fühlte mich solidarisch mit ihnen.

Endlich stiess ich auf das Buch, das mir manches klarer werden liess. Es war von einem Mann. «Weisse Masken, schwarze Haut», von Frantz Fanon. Zwar bin ich nicht schwarz, doch ich identifizierte mich stark mit dem Buch. Es wurde beispielsweise die Ablehnung des eigenen Ursprungs und die Anpassung an die dominierende Gesellschaft thematisiert. Ich hatte viele Sichtweisen aus der Kultur meines Gastlandes übernommen, sogar gewisse Vorurteile über meine ursprüngliche Heimat. Wenn ich mich vorstellte, nannte ich eine Abkürzung meines Namens, die mir einst meine Schweizer Mitschüler gegeben hatten, weil sie ihn nur schwer aussprechen konnten. Auf der richtigen Betonung meines Namens in seiner vollen Länge zu bestehen, war der erste Schritt meines Aufbegehrens. Fortan akzeptierte ich keine Sprüche wie: «Eigentlich bist du gar nicht so wie deine Landsleute. Du bist eine Schweizerin.» Oder: «Ich habe nichts gegen jene Ausländer, die sich anpassen und arbeiten. So wie du.» Ich fühlte mich nicht als Schweizerin. Aber auch keiner anderen Nation zugehörig. Nein, ich war nicht einmal Hin- und-her gerissen zwischen zwei Kulturen. Ich wollte nur aus dem Schatten treten. Wahrscheinlich wollen die heutigen Secondas dasselbe: Von der restlichen Gesellschaft ernst- und wahrgenommen werden.

MALENA RIVERO

Fondueessen mit den Streikenden. Das Kollektiv «Soutien à la Boillat» organisiert in der selbstverwalteten «LuZine 3» in Reconville ein Fondueessen mit anschließendem Konzert. Um 16 Uhr findet eine offene Diskussion über die aktuelle Lage der Boillat statt, Thema wird dabei sicherlich der Ausgang der Mediation sein. RECONVILLE, SAMSTAG, 11. MÄRZ, GRAND RUE 25, 18.30 UHR ESSEN, 21 UHR KONZERT, WWW.UZINE3.CH. (SIEHE AUCH ARTIKEL AUF SEITE 3)

La Boillat selbstverwalten? Diese Frage stellt sich das Gewerkschaftsforum Zürich. Es lädt ein zu einem Abend, der unter dem Thema steht: «Ist eine Alternative in Reconville möglich mit einem selbstverwalteten Betrieb unter der Verwaltung der Werktagen?» MONTAG, 13. MÄRZ, 19 UHR, RESTAURANT TANT PIS, KONRADSTRASSE 73, ZÜRICH

Ausgeschafft. «Unser Freund Erdogan E. wurde am Dienstag, 21. Februar verhaftet», schreibt die Villa Rosenau Basel in einer Medienmitteilung. Erdogan floh vor neun Jahren aus der Türkei und lebte seither mit einer F-Bewilligung in der Schweiz. Damals drohte ihm in der Türkei die Todesstrafe aufgrund seiner politischen Aktivitäten. Diese Strafe wurde auf Druck der EU in lebenslange Haft umgewandelt. Die Türkei hat nun ein Auslieferungsgesuch gestellt. Um den Rekurs finanzieren zu können, ist die Villa Rosenau auf Spenden angewiesen. Der Rekurs soll demnächst eingereicht werden. Allfällige Überschüsse fliessen der Anlaufstelle für Sans Papiers zu. VEREIN VILLA ROSENAU, 4056 BASEL, PC 60-418490-3, VERMERK ERDOGAN, WWW.VILLAROSENAU.CH.VU

Naville boykottiert unabhängige Kioske. «Der welsche Kiosklierovert Naville beliefert in Lausanne unabhängige Kioske nicht mehr, die nicht genügend Umsatz machen», schreibt POP (Parti Ouvrier et Populaire) et Gauche en mouvement in einer Medienmitteilung. Diese Politik riskiere den Konkurs von einigen unabhängigen Kiosken. Es scheint, als versuche Naville damit, die kleine Konkurrenz auszuschalten und ihr Monopol weiter auszubauen. POP et Gauche en mouvement fordern den Lausanner Gemeinderat auf, sich beim Gewerbeverband einzusetzen, damit Naville ihren Entscheid zurückzieht. WWW.POP-VAUD.CH

PdA zieht in die Exekutive ein. Ein Mitglied der Partei der Arbeit hat am vergangenen Wochenende einen Sitz in der Exekutive der kleinen Freiburger Gemeinde Font errungen. Font liegt am Südufer des Neuenburgersees, in der Nähe von Estavayer-le-Lac. François Blanc, das neugewählte PdA-Mitglied in der Municipalité, arbeitet als Mechaniker in den SBB-Werkstätten von Yverdon. WWW.PDA.CH

Sans Papiers, aber nicht ohne Stimme. Eine Familie aus Lausanne ist von der Ausschaffungshaft bedroht, falls sie die Schweiz nicht freiwillig verlassen sollte. Die Familie lebt seit 1998 in der Schweiz und hat drei Kinder im Alter von zwei und sechzehn Jahren und fällt unter das Metzler-Zirkular. Das Sans-Papiers-Kollektiv des Kantons Waadt ruft für Samstag zu einer Demonstration zur Unterstützung der Familie auf. LAUSANNE, 11. MÄRZ, BESAMMELUNG UM 14 UHR, EGLISE ST. FRANCOIS, WWW.SANS-PAPIERS-VD.CH

Konglomerat in Schutzanzügen. Am Faschnachtsmontag hielten Beatrice und Beat Besetzer am Zaun des seit der Woche zuvor vollständig besetzten SIDI-Areals in Winterthur eine Pressekonferenz ab. Dabei erklärten sie den anwesenden JournalistInnen, dass Verhandlungen mit der Besitzerin der Liegenschaften, der Kantag AG, am laufen seien. Knackpunkt sei dabei aber, dass die BesetzerInnen nicht nur ein Wohn-, sondern auch ein Kulturzentrum errichten möchten. Eine Lösung sei in Sichtweite, erklärten die beiden gegenüber der Presse. Sie schrieben weiter in einer Medienmitteilung, dass die Nachbarschaft erfreut sei über die vollständige Besetzung des Areals.

BGR verweigerte einen «echten» Dialog. So will es jedenfalls die Stadtpolizei Bern sehen. Der für den 1. April angekündigte 7. antifaschistische Abendspaziergang des Bündnisses gegen Rechts (BGR) darf mit Hochspannung erwartet werden. In einer Medienmitteilung kritisiert das Bündnis gegen Rechts nicht nur das staatliche Gewaltmonopol, sondern stellt auch fest, dass es widersprüchlich wäre, bei einer Instanz um eine Bewilligung einzuholen, welche genau das kapitalistische System und dessen (Un-)Werte verteidigt. Die Stapo stelle weiter keine «vertrauensbildende Basis» dar, womit das «Konfliktpotenzial» erheblich gesteigert würde. BERN, SAMSTAG, 1. APRIL, 20.30 UHR, HEILIGGEISTKIRCHE, WWW.BUENDNIS-GENRECHTS.CH

Freiraumdemo. Ende März sollen in Bern beinahe gleichzeitig drei Freiräume, nämlich das denk:mal, der Wagenplatz Alternative und das Paradisli, geräumt werden. «Sie sollen dem städtischen Profitdenken geopfert werden», schreiben die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen (unter anderem die Aktion Ungehorsamer Studierender, die Anti-WTO-Koordination Bern und die Jugend Alternative JA!) der Freiraumdemo von morgen Samstag in einer Pressemitteilung. Freiräume, in denen die verschiedensten Menschen sich ohne Konsumzwang treffen können, sind aber dringend nötig. Deshalb soll mit der Demonstration vom Samstag die Anerkennung von Freiräumen als notwendige Plattformen für alternatives Leben und Lernen jenseits der herrschenden und destruktiven Profitlogik gefordert werden. BERN, SAMSTAG, 11. MÄRZ 2006, 14 UHR KORNHAUSPLATZ BERN. (SIEHE KURZTEXT SEITE 6)